

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboptionspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierjährlich 1,80 M., für 2 Monate 1,20 M., für 1 Monat 60 Pf. zzgl. Bestellgeld.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlauk.

Inserate werden die 5 geplante Seiten über deren Raum mit 20 Pf. berechnet. Vereinsangebote 15 Pf. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition ausgegeben sein. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 8. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Mittelstraße 6, post. Sprechstunde: 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

„Der Lloyd bin ich!“

* Leipzig, 11. Februar.

Was andere Nationen nur auf dem Wege langer geschichtlicher Entwicklung und Ausgestaltung erreichen konnten, das soll das deutsche Reich in ganz kurzer Frist mit künstlichen Mitteln zu stande bringen. Man will Deutschland zu einer Seemacht ersten Ranges machen. Die zu diesem Zweck angestrebten Maßregeln erstrecken sich nicht nur auf die Kriegsmarine. Zu ihnen gehört auch die jüngst dem Reichstag zugegangene Postdampfervorlage.

Sie ist nicht neu, denn sie hat dem Reichstage schon im vorigen Jahr vorgelegen, ist an die Budgetkommission verwiesen worden und dort stecken geblieben. Inzwischen hat man nur unwe sentliche Änderungen an ihr vorgenommen. Den Widerstand, den die Vorlage in der vergangenen Session gefunden, hofft man diesmal leichter zu brechen, indem man sie mit den neuen Gebietsverwerbungen in China in Verbindung bringt. Die Sache ist sehr einfach, sagt man. Der Handel und Verkehr mit Ostasien werden sich heben; und Jonach ist es ganz den Umständen angemessen, die Postdampferverbindungen Deutschlands mit Ostasien zu erweitern.

Es gibt darum keine genug, die mit Hurra die Postdampfervorlage begrüßen. Wir aber bedenken, daß die Kosten für diese Verkehrsverweiterung aus dem Beutel des Steuerzahlers genommen werden sollen und sehen uns darum die Sache kritisch an.

Niemand wird uns im Ernst unterstellen wollen, daß wir gleich dem reaktionären Agrarzirkum etwa die Entwicklung des modernen Verkehrsweisen irgendwie gehemmt sehen wollten. Im Gegenteil wissen wir die revolutionierenden Wirkungen des Verkehrsweisen im neunzehnten Jahrhundert sehr wohl zu schätzen und wir erwarten von ihm, daß es das notwendige Übergewicht der Industrie über das rückständige Agrarwesen in nicht ferner Zeit herbeiführen wird. Aber wenn die Kosten für die Entwicklung der Verkehrsmitte aufgebracht werden sollen, dann stellen wir die Bedingung, daß die Neuerungen auch am richtigen Ort und in der richtigen Weise angebracht werden. Für das Gesamtinteresse treten wir jederzeit ein; da soll uns nicht leicht etwas zu viel sein. Für Subventionen an kapitalistische Gesellschaften, die weitab vom Gesamtinteresse liegen, haben wir nichts übrig.

Es gibt bekanntlich drei Dampferlinien, die die Beziehungen des deutschen Reichs zu Ostasien vermitteln: die Rickmers-Linie, die Hamburger Ningpo-Linie und die Post-

dampferlinie des Norddeutschen Lloyd. Die letztere erhält bekanntlich eine Subvention vom deutschen Reich, die vertragmäßig auf 15 Jahre festgelegt ist und seit 1893 etwa 4000000 Mark jährlich beträgt. Es ist dies die Dampfersubvention, die einst in der sozialdemokratischen Fraktion und in der Partei überhaupt einen intensiven Streit hervorgerufen hat.

Die Regierungsvorlage beantragt nun, dem Norddeutschen Lloyd eine Erhöhung der bisherigen Dampfersubvention um jährlich 1500000 Mark zu bewilligen, damit der Lloyd eine vierzehntägige Verbindung mit China einrichten könne. Der Gesamtvertrag soll dann auf weitere 15 Jahre abgeschlossen werden. Zugleich soll — und das unterscheidet die diesjährige Vorlage von der vorjährigen — die Fahrtgeschwindigkeit der neu zu erbauenden Schiffe 14 Knoten betragen, während die der alten nur 13 Knoten beträgt. Auch soll der Reichskanzler eine Stellungnahme der Fahrtgeschwindigkeit der neu zu erbauenden Schiffe verlangen können, sobald die Konkurrenzverhältnisse dies erforderlich machen.

Nun hat aber inzwischen die Hamburg-Amerika-Linie vom 25. Januar ab eine regelmäßige monatliche Dampferverbindung zwischen Hamburg und China errichtet und dieselbe schon am 25. Januar eröffnet. Diese Linie erhält keine Subvention, aber sie hat schon angekündigt, daß sie größere und schneller fahrende Dampfer einstellen wird, sobald der Verkehr mit China dies erforderlich macht.

Unter diesen Umständen erscheint die neu geforderte Subvention für den Norddeutschen Lloyd schon darum überflüssig, weil für den Verkehr mehr als hinreichend gesorgt ist, ganz abgesehen davon, ob man einer solchen kapitalistischen Unternehmung überhaupt Staatshilfe bewilligt wissen will, oder nicht.

Natürlich fehlt es dabei wieder nicht an Hinweisen auf andere Länder. Wenn die neue Subvention bewilligt wird, heißt es, dann zahlt Deutschland immer noch keine sechs Millionen Mark jährlich an Subventionen für Dampferlinien, während Frankreich für derartige Zwecke über 20 Millionen, England über 16 Millionen und Österreich über 7 Millionen ausgibt. Das alles kann uns gar nichts beweisen. Die Engländer und Franzosen können wenigstens anführen, daß sie dafür bedeutende Handelsbeziehungen in überseeischen Ländern haben; ist doch der chinesische Handel bis zu 80 Prozent bisher in englischen Händen gewesen. Aber was hat Deutschland in China? Und welche Garantien hat es dafür, daß sein Handel und Verkehr mit China sich wesentlich heben wird? Man kennt die chinesische Provinz, wo Deutschland sich festgesetzt hat, vorläufig noch gar nicht,

genau und trotzdem soll man sich für die Tauben, die dort auf dem Dache sitzen, mit einer jährlichen Mehrausgabe von 1½ Millionen verpflichten? Dass die große Kapitalisten- und Handelswelt den Zusatz gerne annimmt, das glauben wir; das gute Volk kann die Sache ja aus seiner Tasche bezahlen, und wenn etwas aus der neuen Unternehmung wird, dann haben ja die Kapitalisten den Vorteil davon.

Bunächst aber wird sich zwischen der neuen Hamburg-Amerika-Linie und den Reichspostdampfern ein scharfer Wettbewerb entwickeln. Wenn der Norddeutsche Lloyd dabei im Nachteil bleibt, so mag er, wenn er neue Anstrengungen machen will, das doch selbst bezahlen; die Steuerzahler geht das nichts an. Es heißt auch, daß der Norddeutsche Lloyd sich über einige Punkte mit der Hamburg-Amerika-Linie verständigt habe. Allein, wenn sich dies bewahrheitet, so ist das immer noch kein Grund, dem Lloyd von Reichs wegen einen noch höheren Zusatz zu gewähren.

Bis jetzt haben die Reichspostdampfer nur den ersten Teil des deutschen Briefverkehrs nach Ostasien befördert und unter dem neuen Vertrag kann dies Elftel nur bis auf ein Fünftel gesteigert werden, wie mehrfach berechnet worden ist. Es bleibt eben im ganzen 14 Postdampferlinien nach Ostasien und diese teilen sich naturgemäß in die Beförderung der Postsachen. Auch übersteigt auf den ostasiatischen Dampfern der ausländische Warenverkehr den deutschen, entsprechend dem Passagierverkehr, da die Dampfer die meisten Passagiere und die meisten Waren auf ausländischen Stationen einnehmen.

Verschiedentlich wird bemerkt, die Agrarbeiter müßten auch Gegner der Erhöhung der Dampfersubvention sein, weil diese die Preise des Transportes notwendig drücken und damit die Einfuhr ausländischer Bodenprodukte erleichtern müsse. Von diesem Gesichtspunkte aus können wir natürlich die Forderung nicht angreifen. Indessen ist es sehr bezeichnend, daß in der Begründung der Vorlage unter dem Titel „Getreide“ wörtlich zu lesen steht: „Überhaupt ist Getreide ein Massenartikel jener Art, welche zur Beförderung in den Reichspostdampfern wegen der notwendigen Vorrätschungen zur Aufnahme und wegen der verhältnismäßig kurz benötigten Aufenthaltsfristen sich wenig eignet.“ Schon aus diesem Grunde und um die bei Aufnahme und Beförderung größter Getreideladungen für die Reisenden unvermeidlichen Unbequemlichkeiten zu verhüten, würde nichts entgegenstehen, die Beförderung von Getreide mit den Reichspostdampfern von der Genehmigung des Reichskanzlers abhängig zu machen.“

So kommt man also auch hier den Agrarern und Brot-

Seuilleton.

Handbuch verboten.

Zwei Brüder.

Bon Guy de Maupassant.

Autorisierte Übersetzung aus dem Französischen von Emmy Becker.

Peter wußte es genau, er entsann sich eines Miniaturbildes, das er in Paris gesehen, es hatte in ihrem Salon auf dem Kamin gestanden, jetzt war es verschwunden. Wo war es? Verloren oder verborgen? O, wenn er es sehen, in die Hand bekommen könnte, und wär's auch nur für ein paar Sekunden! Vielleicht, daß seine Mutter es in einem geheimen Fach aufbewahrt, wie man Liebesreliquien aufzubewahren pflegt.

Bei diesem Gedanken fühlte er Elend und Verzweiflung so übermächtig in sich werden, daß er ein Stöhnen hören ließ, einen jener kurzen, wilden Flügelauten, wie der Körperschmerz sie auch festgeschlossenen Lippen erfreut. Und mit einemmal, als ob sie ihn gehört, ihn verstanden hätte und ihm antworten wollte, heulte die Sirene des Hafens dicht neben ihm.

Wie der Schrei eines übernatürlichen Ungeheuers, mächtiger als der Donner, ließ sie ihr Wind und Wogen überwöhndes, wildes, entzerrnerregendes Gebrüll erklingen, das weit hinaus drang in die schwarze Nacht, dahin über die im Nebel unsichtbare See.

Und von neuem erhoben sich in der Finsternis draußen, in dem undurchdringlichen Dunst, bald nah, bald fern, die nörnischen Stimmen, und schauerlich klang der Antwortur der blinden Dampfer durch die nächtliche Stille.

Tiefes Schweigen trat wiederum ein.

Peter hatte die Augen geschlossen und sah, wie von einem bedächtigen Traum erwacht, um sich und gewahrt mit Erstaunen, wo er sich befand.

„Ich bin wahnsinnig,“ dachte er, „ich zweifle an meiner Mutter.“

Und Liebe, Nahrung, Neue, Abhitte, Vergewissung durchfluteten seine Seele. Seine Mutter! Sie kennen, wie er sie kannte, und ihr mißtrauen? Waren denn Seele und Leben dieser schlichten, leichten, ehrbaren Frau nicht rein und kristallhell? War's möglich, daß sie für einen, der sie gesehen und gekannt, nicht über jeden Verdacht erhaben bestand? Und er, ihr Sohn, er hat an ihr gezweifelt! Ach! Wenn er sie in diesem Augenblick in die Arme schließen, ihr Mund und Hände küssen, vor ihr auf die Knie hätte sinken können.

Sie sollte seinen Vater hintergangen haben, sie? . . . Seinen Vater! Gewiß, er war ein wackerer Mann, rechtlich und geistig in seinem Geschäft, allein sein Geist hatte nie über seinen Laden hinausgereicht und sein Horizont war außerst beschränkt.

Wie hatte diese Frau, die einst reizend gewesen war — man hatte ihm das oft erzählt, und die Spuren der Schönheit waren noch heute sichtbar — wie hatte sie mit ihrer feinfühligen, liebevollen, weichen, warmherzigen Natur diesen Mann, der so grundverschieden von ihr war, als Bräutigam und Gatten annehmbar finden können?

Augen die Gründe nicht auf der Hand. Sie hatte ihn geheiratet, wie jedes junge Mädchen den ihr von den Eltern zugeschriebenen, wohlbestallten Freier heiratet. Sie hatten dann sofort in der Rue Montmartre ihren Laden eröffnet, und die junge Frau, die ihm Comptoir den Herrschaftsrat führte, hatte, im Bewußtsein, für den eigenen Herd zu arbeiten,

von jener tiefwurzelnden, geheiligten Gemeinsamkeit der Interessen erfüllt, die in so vielen Ehen des Pariser Handelsstandes Liebe, ja sogar Achtung erzeugt, ihre ganze Kraft, ihren ganzen regsame und feinen Verstand aufgewendet zur Gründung eines Vermögens. So war das Leben dahingegangen, einförmig, ruhig, ehrbar, ohne Leidenschaft!

Ohne Leidenschaft? . . . War es möglich, daß einer Frau die Liebe fremd blieb? Könnte eine Frau, die jung, hübsch, in Paris lebte, Romane las und den Schauspielerinnen, die auf der Bühne vor Liebe starben, Beifall zugeschah, könnte sie dem Matronenalter entgegenreisen, ohne daß ihr Herz auch nur ein einzimal berührt worden wäre? Bei jeder anderen würde er das nicht für möglich halten — weshalb sollte er es von seiner Mutter glauben?

Der Liebe fähig war sie zweifelsohne so gut wie jedes Weib! Weshalb sollte sie anders sein als die anderen, nur weil sie seine Mutter war?

Sie war jung gewesen, hatte alle poetischen Unerschöpflichkeit, die junge Herzen trüben, in sich getragen. Sie hatte von Wonderschein, von heimlichen Küsse im abendlichen Dunkel, von Reisen in fernen Landen geträumt an der Seite eines gewöhnlichen Menschen, der nur vom Geschäft sprach und sie in seinem Laden gefangen hielt. Und eines Tages war ein Mann zu ihr getreten, gerade wie die Liebhaber im Roman auftreten, und hatte die nämlichen Reden geführt wie diese.

Sie hatte ihn geliebt! Weshalb denn nicht? Es war seine Mutter! Wohl und gut, aber mußte man aus Liebe zur Mutter blind und taub sein, mußte man augenschlechteste Thatsachen leugnen, weil es sich um sie handelt?

Hatte sie sich dem Manne geschenkt? . . . Ja — denn dieser Mann hatte keine andere Geliebte gehabt; ja — denn dieser Mann war der alternde, ihm entrückten Frau treu

verteuerern entgegen. Welch ein Unglück, wenn durch den australischen Weizen die Preise um ein geringes gedreht würden!

„Der Lloyd bin ich!“ sagte im Reichstage einst der alte H. H. Meier von Bremen, eine der prodigiesten Kapitalistenfiguren unserer Zeit. Allerdings, er ist der Lloyd. Und eben darum sehen wir nicht ein, warum man ihm, dem Meier nämlich, noch weitere $1\frac{1}{2}$ Millionen jährlich zuschanden soll.

Dass die Auswanderung abgenommen hat und dem Lloyd seine Flotte zu groß geworden ist, wissen wir längst. Allein, wenn der Lloyd Geld braucht, dann mag es H. H. Meier beschaffen und nicht das deutsche Volk.

* Man betrachtet den alten Meier längst als gestorben. Er lebt aber noch und wird jetzt 90 Jahre alt sein.

Politische Übersicht.

Viel Wärme um nichts.

Aus dem letzten Jahresbericht über den samosen Hundertmillionenfonds zum Auskaufen der Polen ist hervorzuheben, dass 1897 aus diesem Fonds, der um hundert Millionen verstärkt werden soll, weitere 8 Rittergüter, 4 größere Besitzungen und 7 Bauergrundstücke erworben worden sind. Darunter sind indes 2 Rittergüter und 2 Grundstücke für insgesamt 1600000 M., die bisher schon im Besitz von Deutschen waren. Hier vollzieht sich also kein Besitzwechsel zur „Erweiterung des deutschen Einflusses“. Bezeichnend ist es, dass gegenwärtig der Ansiedlungskommission mehr Güter aus deutscher Hand, als aus polnischer Hand zum Kauf angeboten werden. So wurden aus polnischer Hand 1897 15 Güter und aus deutscher Hand 44 Güter angeboten.

Im ganzen hat die Ansiedlungskommission seit 1896 97690 Hektar für 59963127 M. angekauft, und zwar aus deutscher Hand 24970 Hektar für 10614122 M., aus polnischer Hand 72719 Hektar für 49349004 M. Der Gesamtdurchschnittspreis für sämtliche erworbenen Eigenschaften beträgt 614 Mark für einen Hektar. Für den Grunderwerb des Jahres 1897 (4965 Hektar) stellt sich der Erwerbspreis auf rund 766 Mark. Wirkliche Ansiedlungen wurden bis Ende 1897 nur auf 2842 Stellen mit 41000 Hektar im Werke von 26575027 Mark gezählt. Die neu angesiedelte deutsche Bevölkerung wird also hiernach kaum 10000 Köpfe betragen. Das ist ein sehr kleiner Prozentsatz im Verhältnis zu der polnischen Bevölkerung und der Gesamtbewölbung der in Betracht kommenden beiden Provinzen Polen und Westpreußen.

Unter den 2842 Ansiedlern stammten 999 aus den Provinzen Polen und Westpreußen selbst und nur 1843 aus anderen Landesteilen. Im einzelnen entstammen von den letzteren 14 aus Ostpreußen, 276 aus Brandenburg, 159 aus Sachsen, 150 aus Schlesien und 87 aus Schleswig-Holstein. Auch diese Ansiedler gehören also zumeist den ostelbischen Provinzen an. Aus Sachsen stammten 150. Auf Westdeutschland überhaupt entfallen nur 484, darunter 277 aus Westfalen. Endlich befinden sich unter den Ansiedlern noch 82 russische Rückwanderer.

So steht es, trotzdem die Ansiedlungskommission rastlos die Werbemittel röhrt, indem mit Hilfe der Landräte Agenten zur Anwerbung von Ansiedlern eingesetzt und in Massen Agenturkosten unternommen werden.

Die Denkschrift des Jahres 1896 klage bitter über das aufs fallend starke Misstrauen der westelbischen bäuerlichen Bevölkerung gegen die Existenzbedingungen in den Ländern des deutschen Ostens. Die Voraussetzung für ein gebleibliches Fortkommen des Ansiedlers sei ein immerhin nicht unerhebliches Vermögen, das sorgfältig gehütet und ungern in nicht ganz sicher erscheinender Lage aus Spiel gesetzt werde. Ohne erhebliche fiskalische Opfer sei auch an eine ausgiebige Verwendung wenig bemittelter Tagearbeiter aus dem Westen Deutschlands als Tagearbeiter nicht zu denken. „Der westdeutsche Tagearbeiter zieht aber nicht nach dem Osten, um hier auf einer Tagearbeitertelle mit ländlicher Tagarbeit sein Leben weiter zu fristen, sondern er zieht es nur, wenn er ein Grundstück erwerben kann, von dem er, ohne Arbeitsverdienst aufsuchen zu müssen, leben kann. Das ist aber nur möglich, wenn ein Kapitalvermögen von weniger als 2000–3000 Mark vorhanden ist.“

Sämtliche bis 1887 angekaufsten Güter machen nur 3,47 Prozent der Gutsbezirke Polens und Westpreußens aus und stellen 1,79 Proz. der Gesamtfläche dar.

So viel Wärme um diese Bagatelle!

geblieben; ja — denn dieser Mann hatte sein ganzes Vermögen seinem, ihrem Sohn hinterlassen! . . .

Wutbebend erhob sich Peter. Er hätte jemals tötschlagen abgenug. Sein ausgestreckter Arm, die geöffnete Hand waren bereit zum Dreinschlagen, zum Würgen, zum Erdrosseln, zum Berreihen! Wen? Die ganze Welt! Seinen Vater, seinen Bruder, den Verstorbenen, seine Mutter.

Er raffte sich auf, nach Hause zu gehen. Was würde er thun?

Als er an dem Türmchen beim Signalmast vorüberging, ertönte der marldurchdringende Schrei der Sirene unmittelbar neben ihm. Er fuhr so heftig zusammen, dass er beinahe gefallen wäre und bis an die granitene Brüstung zurücktaumelte. Er setzte sich wieder; er war an allen Gliedern zerschlagen durch Aufregung und Schreck.

Der erste Dampfer, der Antwort gab, idien ganz in der Nähe zu sein und ward, da die Flut hochstand, am Hafeneingang sichtbar.

Peter wandte sich um und unterschied eine nebelgetrübte, rote Laterne, und in dem hellen Lichte der elektrischen Flammen am Hafen zeichnete sich zwischen beiden Leuchten ein tiefer Schatten. In seinem Rücken hörte er die heisere Stimme des Wächters, eines ausgedienten Kapitäns.

Name des Schiffes?

Und aus dem Nebel klang die gleichfalls heisere Stimme des auf dem Deck stehenden Lotsen herüber: „Santa Lucia.“

„Land?“

„Italien.“

„Hafen?“

„Neapel.“

Bor Peters trübem Blick stand wie mit einem Zauberzauberglas die leuchtende Feuergarbe des Besius und an den Fuß des Vulcans geschmiegt die schweigenden, von Glühwürmchen

B. Berlin, 10. Februar. Der Reichstag sah heute die am vorigen Schwerinstag begonnene Beratung des Antrages unseres Genossen über das Versammlungs- und Koalitionsrecht fort. Von Seiten der verbündeten Regierungen scheint man dieser Materie kein sonderliches Interesse entgegenzu bringen. Nur der sächsische Bevollmächtigte Herr Fischer sah da, um die mit Sicherheit erwarteten Angriffe auf seine Regierung gleich abwehren zu können.

Diesmal machte aber nicht Sachsen, sondern Mecklenburg den Beginn. Der freisinnige Abgeordnete Bachmane führte eine Reihe monstreicher Fälle an.

Der nächste Redner, unser Genosse Stolle, brachte Sachsen gründlich auf die Tagesordnung.

Herr Röske trat in höchst verständiger Weise für vollständige Koalitionsfreiheit ein. Bemerkenswert ist aus dem Munde dieses Unternehmers die Behauptung, dass das Versammlungsrecht nur den Arbeitern gegenüber so streng gehandhabt werde, während man sich bei Unternehmern um absolut gar nichts kümmere; er selbst habe Unternehmer-Versammlungen einberufen, bei denen die polizeiliche Anmeldung vergessen sei; sein Hahn habe danach gekrönt.

Zum Schluss kam noch Genosse Bubel zu Wort.

Die erste Abstimmung des Entwurfes ist heute geschlossen worden; auch die zweite wird im Plenum vor sich gehen.

Aus dem preußischen Landtage.

B. Berlin, 10. Februar. Das Abgeordnetenhaus überwies heute nach mehrstündigem Debatt den Gesetzentwurf betr. die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch die Hochwasser des Sommers 1897 herbeigeführten Beschädigungen sowie den Antrag auf Zurückziehung der Liquidationen für die mit den Aufräumungsarbeiten betrauten Kommandos an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Aus der Debatte, die sich wiederum in Einzelheiten verlor, ist nur die Rede des Abg. Grafen Strachwitz (Centr.), hervorzuheben, der der Regierung vorwarf, dass sie den Nothstand nicht schnell genug befeiligt und viel zu geringe Mittel ausgeworben habe. Außerdem erwähnte er einen Erlass des Staatsministeriums, wonach in erster Linie private Hilfe in Anspruch genommen, sodann die Mittel der Provinzen herangezogen und nur im äußersten Falle der Staat um Unterstützung angegangen werden sollte. Der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. v. Miquel verwahrte sich energisch gegen diese „unwahren Behauptungen“ und bestritt, dass ein derartiger Erlass vorhanden sei. Statt den einmal begonnenen Kampf weiter zu führen, trat der mutige Graf nunmehr den Rückzug an, indem er sich hinter seinen Gewährsmann verkroch und seine Worte abzuschwärzen suchte.

Hierauf wurde die neulich abgebrochene erste Sitzung des Staats der Bauverwaltung wieder aufgenommen, die morgen fortgesetzt werden soll.

Chinesisches.

China in der Klemme.

China wird jetzt, nachdem die Anleihefrage erledigt ist, von neuem bedrängt und zwar zugleich von Japan und von Frankreich. Nach einer Meldung der Times teilte der japanische Gesandte dem Chung-li-Yamen mit, dass Japan nicht im Stande sei, eine größere Ausdehnung der Frist zur Zahlung der Kriegsschuld zu gewähren.

Der französische Geschäftsträger verlangte vom Chung-li-Yamen (chinesischen Amtswärtigen Amte) die Bezahlung der Entschädigung an die Familie des Franzosen, der in Tonking von chinesischen Käubern gefangen genommen, aber später befreit wurde. Eine Frist von acht Tagen wurde gestellt für eine zufriedige Antwort. Im Falle der Ablehnung sei eine Aktion der Franzosen im Süden unvermeidlich.

Das ist russische Methode. Der Großfürke wird so von Väterchen gezwiebelt.

Zum Empfange des Prinzen Heinrich trug einer Shanghaier Dolziel-Meldung zufolge das Chung-li-Yamen dem Vicekönig von Nanking auf, Vorlehrungen in großartigem Maßstab in Shanghai zu treffen. Aber er ist noch unterwegs . . .

Geheimrat Franzius aus Kiel ist mit der Ausstellung der ersten Projekte zur Umgestaltung der Hafenverhältnisse im Kianfchanguibiet

übersäten Orangenhaine von Sorrent und Castellamare. Wie oft hatte er von diesen altvertrauten Namen geträumt, wie oft war ihm zu Sinn gewesen, als ob er die vielen genannten Städte kennelte! Ach! Wenn er reisen könnte, gleich, auf der Stelle, einerlei wohin, und nie zurückkommen, nie schreiben, nie wissen lassen, wo er geblieben und was aus ihm geworden! Aber nein, er musste nach Hause, musste unter das väterliche Dach zurückkehren und sich in sein Bett legen.

Das konnte er nicht; er wollte nicht heimgehen; er wollte hier den Tag erwarten. Die Stimme der Sirenen gefiel ihm. Er stand wieder auf und sang an den Damm entlang zu schreiten, wie ein Beamter, der die Runde macht.

Hinter dem ersten näherte sich jetzt, riesengroß und geheimnisvoll, ein zweites Schiff; es war ein englisches, das von Indien zurückkehrte.

Noch mehrere sah er nacheinander aus der undurchdringlichen Finsternis auftauchen. Dann fing der Nebel an, so unerträglich naß zu werden, dass Peter doch die Richtung nach der Stadt einschlug. Er war so durchtrocken, dass er in eine Matrosenkneipe trat, um ein Glas Brot hinunterzustürzen, und als die heiße, scharfe Flüssigkeit ihm Zunge und Gaumen verbrannte, fühlte er wieder ein Fünfchen Hoffnung in sich aufglommen.

Vielleicht hatte er sich getäuscht. Er kannte sie ja lange, seine wildschweifende, unvernünftige Gedankenwelt! Ohne Zweifel, er musste sich getäuscht haben! Er hatte wie ein Inquisitor ein Gerüste von Beweisen aufgetürmt, das es einem leicht macht, einen Unschuldigen, den man schuldig finden will, zu verdammten. Sobald er darüber geschlafen würde er alles anders ansehen. Er ging also nach Hause, um sich zu Bett zu legen; er wollte einschlafen, und es gelang ihm.

beantragt, gleichzeitig nimmt er an den Verhandlungen teil, die zur Zeit in der Kianfchau-Angelegenheit im Reichsmarineamt stattfinden.

Englischer Kohlenkauf.

Das Londoner Blatt Daily Mail meldet aus Singapore, dass auf Befehl des Oberbefehlshabers der englischen Flotte sämtliche in Singapore und den Handelshäfen Chinas vorhandenen Kohlevorräte für die englische Flotte aufgezaut worden seien. Diese Handlungswise hat in europäischen Handelskreisen großes Aufsehen hervorgerufen.

Schuh vor Schuhlenken!

Hamburg, 9. Februar. Ein Polizeivachtmeister, der Arzneien verkaute, wurde vom hiesigen Landgericht zu fünf Monaten Gefängnis und einem Jahr Ehrverlust verurteilt. Der Ordnungsmann hatte einen betrunkenen Arbeiter arisiert und auf die Wache gebracht. Vorschriftsmäßig nahm er dem Arzneien seine Sachen ab und stellte das kleine Verbrechen des Arbeiters zu sich. Der Wachtmeister wollte sich damit entschuldigen, dass er zwei Cognacs getrunken habe und stark benötigt gewesen sei. Diese Entschuldigung half ihm aber nichts. Der Staatsanwalt hatte neun Monate Gefängnis beantragt.

* Berlin, 11. Februar. Die Wahlprüfungskommission des preußischen Abgeordnetenhauses hat die Wahl des Abgeordneten Dr. v. Wolszlegier (Pole, Stargard-Berent) für ungültig erklärt. Dr. v. Wolszlegier war seiner Zeit mit einer Stimme über die absolute Mehrheit gewählt worden.

Der Bundesrat überwies in der Sitzung am Donnerstag die Vorlage betr. die Einführung von Kindern aus Dänemark und Schweden-Norwegen sowie den Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen wegen Ergänzung des Gesetzes betr. die Rechtsverhältnisse der Beamten und Lehrer vom 23. Dezember 1873 den zuständigen Ausschüssen.

Der Landwirtschaftsrat nahm gestern Resolutionen an über Viehversicherung, Schlachtviehversicherung, Errichtung von Schlachtkästen, Einführung von Schlusscheinen im Viehhandel, Schlachtviehtransport, Fleischlieferungen für die Armee, Errichtung landwirtschaftlicher Geschäftsstellen am Viehhof und den Handel und die Notierung nach Lebendgewicht, ferner eine Resolution betreffend Mittel, die außerhalb der gesetzgeberischen Maßnahmen zur Förderung der Zuckerindustrie und des Milbenbaues anzuwenden sind gemäß des Antrages des Professors Merker-Halle und schließlich eine Resolution betr. die reichs- bzw. landesgesetzliche Regelung des Abdeckereinebens. Die Tagesordnung war damit erledigt. Der stellvertretende Vorsitzende Fehr. v. Soden sprach dem Kaiser, der Reichsregierung und den einzelnen Landesregierungen den Dank der Versammlung für das bewiesene Wohlwollen aus, worauf die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser, die deutschen Bundesfürsten und Freien Städte geschlossen wurde.

Der hier neu gegründete Bund der Handels- und Gewerbetreibenden hielt am 9. Februar unter starker Beteiligung der Interessentenkreise seine erste Versammlung ab. Das Kleingewerbe musste es, so wurde gesagt, dem Bunde der Handwerke nachmachen. Der Gründung der Debatte war zünftisch („Schuh“) vor den großen Kaufhäusern u. s. w.). Am Ende wurde schließlich eine Resolution gefasst, in der der Vorstand beantragt wird, aus Interessenten, die sowohl dem Handwerk als auch dem Handels- und gewerblichen Betrieb angehören, einen Ausschuss unter Herausziehung der Innungen und sonstigen gewerblichen Vereinen zu bilden, der unverzüglich geeignete Schritte in die Wege leiten und ihm schriftlich Bericht erstellen soll. Ferner soll der Vorstand erwägen, ob und wie weit eine soziale Vertretung des Kleinhandels und Gewerbes zunächst in Berlin angestrebt ist. Der Handelsminister soll erucht werden, von Regierungen wegen einer Erhebung über die Lage der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden mit Hilfe der Innungen, des Bundes der Handels- und Gewerbetreibenden sowie sonstiger Vereine des Kleingewerbes in die Wege zu leiten. Eine Eingabe des Vorstandes gegen die Ausdehnung des Postregals auf verschlossene Stadtbriefe wurde abgelehnt.

Wie offiziös bekannt gegeben worden ist, dürfte „der Kaiser das besondere Interesse, welches er der Beseitigung des durch das Hochwasser hervorgerufenen Notstandes widmet, dadurch bekräftigen, dass die Befreiung, die in dieser Beziehung seitens der Staatsregierung zu fordern sind, Gegenstand der Verhandlung in einem in nächster Woche abzuhaltenen Konsortium bilden sollen.“

Gestern wurden als sozialdemokratische Reichstagskandidaten proklamiert in Berlin I: Poesch, Berlin II:

Fünftes Kapitel.

Aber kaum ein oder zwei Stunden fand der Körper des Doktors in einem unruhigen, angstvollen Schlummer Verabschiedung. Als er in dem dunkeln, dumpfigen Zimmer mit den festverschlossenen Fenstern erwachte, empfand er, noch ehe seine Gedanken sich wieder zurecht gefunden, jenen schmerzhaften Druck, jenes feindselige Unbehagen und Befragungsein, mit dem uns der Sommer aus dem Schlafe weckt. Das Unheil, das uns am Abend zuvor erschüttert, verwundet hat, scheint sich während der Ruhe unserem Leib mitgeteilt zu haben, den es wie Fieber durchfließt und matt und elend macht. Blödiglich kam ihm alles wieder zum Bewusstsein und er setzte sich hastig im Bett auf.

Langsam wiederholte er sich Wort für Wort alles, was er draußen bei den kreischenden Sirenen gedacht und gefolgt hatte. Je mehr er überlegte, desto mehr wuchs die Gewissheit. Wie eine gewaltige Hand, die uns mit sich fortzieht und uns erwürgt, zog sein logisches Denken ihn zu der unerträglichen Wahrheit.

Er hatte Durst und Hitze; sein Herz klopfte heftig. Er stand auf, um sein Fenster zu öffnen und Atem zu schöpfen; als er durchs Zimmer ging, drang durch die Wand ein leises Geräusch an sein Ohr.

Hans schlief im Nebenzimmer und schnarchte friedlich. Er konnte schlafen, er! Er ahnte nichts, er wollte nichts erwarten! Ein Mann, der ihre Mutter gesamt, hinterließ ihr sein Vermögen, und er stellte das Geld ein und fand die Sache ganz gerecht und natürlich.

(Fortsetzung folgt.)

R. Fischer, Berlin III; Heine, Berlin IV; Singer, Berlin V; M. Schmidt, Berlin VI; Liebknecht.

Der Kultusminister Bosse hat im Abgeordnetenhaus erklärt, er hätte die „unbedingte Wahrheit über den Fall Aroux“ mitgeteilt. Aroux veröffentlicht nun im Vorwärts folgende drei Schriftstücke:

I. Königl. Univ.-Kuratorium. J. N. 144.

Berlin den 28. März 1895.

Euer Wohlgeborenen ersuche ich ergebenst, sich betreffs Ihrer Vernehmung am 28. dieses Monats, vormittags 11½ Uhr, in meinem Amtszimmer gefällig einzufinden zu wollen.

Der königliche Universitätsrichter.

Geh. Regierungsrat Daube.

Aroux erschien, erklärte aber, nachdem ihm auf seine Umfrage eröffnet war, daß der Kultusminister die Vernehmung verabsaßt, zu Protokoll, daß er die Aussage verweigere. Eine Abschrift des Protokolls verweigerte ihm der Universitätsrichter auf schriftliches Ersuchen in folgendem Schreiben:

II. Berlin den 27. März 1895.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ihrem Wunsche, eine Abschrift der gestern mit Ihnen aufgenommenen Verhandlung anfertigen und Ihnen zustellen zu lassen, vermag ich zu meinem Bedauern nicht zu entsprechen, da ich mich nicht für befugt erachten kann, in einer Disziplinarstrafe dem Bevolligten Abschriften aus den Akten zu erteilen.

Ergebnis

(geg.) Daube.
Eine Darlegung des Vorganges enthält endlich das folgende Schreiben, das Aroux sofort an die Fakultät richtete:

III. Berlin den 27. März 1895.

An die philosophische Fakultät der Universität Berlin.

Der philosophischen Fakultät, bei welcher habilitiert zu sein ich die Ehre habe, fühle ich mich verpflichtet, davon Mitteilung zu machen, daß auf Veranlassung Sr. Excellenz des Herrn Ministers ein Disziplinarverfahren gegen mich durch Vernehmung bei dem Herrn Universitätsrichter eröffnet werden sollte. Nachdem mir der Herr Universitätsrichter in einem am 26. März anberaumten Termine diese Mitteilung gemacht und die Punkte bezeichnet hatte, über welche ich vernommen werden sollte, erklärte ich zu Protokoll, daß ich mich nicht für verpflichtet erachten könnte, mich dem Verfahren zu unterwerfen, da es nur der philosophischen Fakultät zustehe, ein Disziplinarverfahren gegen mich einzuleiten. Der Herr Universitätsrichter hat mich bei der Formulierung meiner Erklärung in der liebenswürdigsten Weise unterstützt. Zu meinem Bedauern war es mir nicht möglich, eine Abschrift des aufgenommenen Protokolls zu erhalten, um es diesen Zeilen anzufügen zu können.

Dr. Leo Aroux,
Privatdozent.

Im hessischen Landtag hat der leitende Minister, Herr Singer, dessen hartes Regiment aus der Zeit des Sozialisten-gefechts wohlbelaukt ist, eine Wahl „reformi“ empfohlen, die unseren Entrechtungssächtern das Herz rascher klopfen machen wird.

Herr Singer ist darüber betrübt, daß im hessischen Landtag Sozialdemokraten seien, er möchte ein Censuwahlrecht haben. Unsere Genossen Ulrich und Trämer führen Herrn Singer in die Parade, auch der Mainzer-Centrumsmann Dr. Schmitt erklärte, gegen eine Veränderung des Wahlrechts, die es nach dem Vermögen und den Steuern bemisse, sei er ebenso entschieden, wie der Abg. Trämer.

Ulrich geißelte auch die barbarischen und schrecklichen Verbündungsmaßregeln (Krummschläge etc.) in den hessischen Buchläden. Meutereien der Straßlinge seien nicht selten. Selbst die Richter seien entsezt gewesen über die eynische Art und Weise der Gefinnung, mit der der Bischöflicher Direktor Bormann eine solche Behandlung gerechtfertigt habe. Sein Urteil, daß solche Zustände eine Schande seien, sei nur zu sehr begründet. Es sei ihm unerklärlich gewesen, daß der Regierungsvertreter die Sache so leicht genommen habe.

Ein Agrarier von echtem Schrot und Korn hat felsame Ansichten über seine Stellung zu dem Gesinde. Fragte da ein Landwirt bei der Redaktion der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse an, wie er verhindern könnte, daß seine Kühe beim Melken statt der Milch Stück gäben, d. h. statt der Milch eine wässrige Flüssigkeit mit geronnenen Stücken liefern. Daraufhin gab ihm ein ostfälischer Rittergutsbesitzer die folgende Belehrung: „Stückige Milch ist lediglich die Folge niederrädrigten Melkens. Ihre Kühe werden einfach nicht rein ausgemolken. Einzig wirksames Mittel wäre die Heitheitliche für die Weitweiber, wenn Ernährungen versagen.“ Das ist die Milchverbesserungspraktik des Kolonialhelden den Pfandweibern gegenüber ins Ostfälische überzeugt.

Von der Marine. Nicht weniger als zwölf Kriegsschiffe befinden sich gegenwärtig nach einer Übersicht im Hamburger Hafen. Die im Bau befindlichen Schiffe sind drei Linienschiffe: Kaiser Friedrich III. (Ersatz Preußen), Kaiser Wilhelm II. (Ersatz Friedrich der Große) und Ersatz König Wilhelm; sechs große Kreuzer: Panzerkreuzer Fürst Bismarck (Ersatz Leipzig), Freya (Ersatz Freya), Hertha, Victoria Louise, Bismarck und N.; ein kleiner Kreuzer G.; zwei Kanonenboote: Ersatz Hyäne und Ersatz Urtis.

Wie der Bund der Landwirte sich zu den Antisemiten bei den Wahlen zu verhalten gedenkt, hat der Direktor des Bundes, Abg. Dr. Hahn, in einer Versammlung in Halle zu erkennen gegeben. Er bedauerte, wie die Staatsb.-Btg. mit Freude mitteilt, lebhaft die schroffe Erklärung des Herrn v. Mantuoffel in Dresden und sagte, daß dem Bunde der Landwirte die deutschsoziale Reformpartei Liebermanns von Sonnenberg mindestens ebenso lieb sei wie die konservative. Der Bunde der Landwirte verpflichtete sich zu gar nichts betreffs der Wahlen, sondern würde von Fall zu Fall die Kandidaten prüfen, wie sie zum Programm des Bundes der Landwirte ständen.

Die Wahl in Homburg-Ausel hat noch ein Nachspiel. Unter den Bündlern des Wahlkreises ist eine Bewegung im Gange, die darauf abzielt, den Sieger bei der Wahl, Herrn Schmitt, der sich nationalliberal nennt, aber Bünder und sogar Wahlkreisvorsteher ist, aus dem Bunde der Landwirte auszuschließen. In einer Vertrauensabstimmungerversammlung des Bezirks Frankenthal wurde einstimmig beschlossen, eine Erklärung an den Hauptvorstand in Berlin abzuschicken, worin der Ausschluß Schmitts verlangt wird.

Thut nichts! Die Nationalliberalen bleiben doch die Kulis des Bundes der Landwirte. Je mehr Zusätze sie erhalten, um so gesüglicher sind die Tapferen.

Wie unsere Leser wissen, wurde in Gräfenz vor drei Wochen der Druckerlehrling Kuczynski in Beugniszwangshaft genommen, weil er sich weigerte, den ihm bekannten Namen des Verfassers eines Artikels in der Gazeta Grudziadza (Gräfenz Zeitung) zu nennen. Jetzt ist Kuczynski aus der

Haft entlassen worden. Der wackere Knabe hatte erklärt, er wolle nicht den Namen nennen, er möge kein Lump sein. Nun läßt man des grausamen Spieles genug sein. Wie verkehrt erscheint der Beugniszwang!

In der Lipperischen Erbfolgefrage ist, wie die Nat.-Btg. erfährt, im Bundesrat die Aussicht weit überlegen, daß er in der durch den schaumburg-lipperischen Antrag wieder an ihn gebrachten Rechtsfrage nicht zuständig sei; anderer Meinung ist vielleicht nur Schaumburg-Lippe.

Die Lippe, Landesamt, berichtet jetzt darüber: Der Beschluss des Bundesrates gibt dahin, an die Fürstlich Lipperische Regierung das Ersuchen zu richten, zu veranlassen, daß vor der Beschlusshaltung des Bundesrates über den Antrag der schaumburg-lipperischen Regierung der Beratung des dem lipperischen Landtag vorliegenden Gelegenheitsurteils betr. die Thronfolge und Regenschaft im Fürsten-Lippe kein Fortgang gegeben werde. Gleichzeitig mit diesem Beschluss hat der Bundesrat folgendes zum Ausdruck gebracht: „Es bestand völliges Einverständnis darüber, daß der Bundesrat durch seinen Beschluss weder der Frage seiner Zuständigkeit noch der materiellen Entscheidung in dieser Sache vorgehen will.“

Die kommenden Reichstagswahlen. Für den Wahlkreis Fürth-Erlangen ist von der Süddeutschen Volkspartei der Schriftsteller Conrad aus München als Kandidat aufgestellt, der für Ansbach-Schwaben bekanntlich nicht mehr kandidieren will. — Die Freisinnige Volkspartei hat für Nordhausen den Redakteur der Freisinnigen Zeitung, Dr. Wiemer, aufgestellt. In Stettin hat sie bekanntlich Professor Stengel aufgestellt, die Niedersächsischen Wabbelstrümpe kommen nun mit ihrem Brösel. Den Kreis behalten aber wird wohl unser Herbert. — Die Nationalliberalen stellen im Wahlkreis Ottweiler, den jetzt Freiherr v. Stumm vertreten, den Vergrat Lohmann-Neunkirchen auf. — Im Wahlkreis Eiselen soll von den konservativen Abg. Dr. Arent, der Silberapostel und Peters-Freund, als Kandidat aufgestellt werden, nachdem Abg. Leuschner eine Wiederwahl abgelehnt hat. — Im Wahlkreis Ansbach-Schwaben wollen die Konservativen und Bauernbündler wieder ihren Kandidaten bei der Erwahl vom Jahre 1896, Bürgermeister Hünig-Neukirchen, aufstellen. — Die „Deutschen“ aller Parteien im Wahlkreis Schwab., will sagen die deutsche Bourgeoisie, haben wieder den Mittergutsbesitzer Holz-Parolin als gemeinsamen Kandidaten aufgestellt, der bei der vierjährigen Nachwahl den polnischen Kandidaten unterlag. Holz ist freikonservativ! — Der Bunde der Landwirte in Erfurt beschloß, an der Kandidatur Jacobslötter festzuhalten. — Die schlesische Centrumspartei wird in dem durch Genossen Kuhn vertretenen Wahlkreis Reichenbach-Neurode als Kandidaten den Großindustriellen Reichsgrafen v. Maguis aufstellen.

* Niel, 9. Februar. Die Beerdigung der Opfer des letzten Marine-Unglücks fand heute statt. Die Leichenhalle des Garnisonssargen war bis 11½ Uhr den Angehörigen der Toten offen. Um 3 Uhr ordnete sich der Leichenzug. Von Kameraden getragen, wurde dann ein Sarg nach dem anderen auf die Kriegsflagge im Leichenwagen gesetzt. Schnell und fahl, fast armelig, zu einfach, blicken einzelne der Särge, von nur wenigen Kränzen bedekt, aus den Leichenwagen heraus, während andere wieder unter Blumen und Kränzen verschwunden. Eine viertausendfüßige Menge hatte zu diesem traurig ernsten Ereignis in tiefstem Schweigen die Straßen besetzt. Unweit der Opfer der Brandenburgskatastrophe fanden auch diese Toten in einem weiten, gemeinsamen Grab Platz.

g. Nürnberg, 10. Februar. In Nürnberg steht es weiter eine Wohnung noch sonst einen Rostland — das hat der „freisinnige“ Stadtmagistrat Nürnbergs schon buchmal verklaut, und wer das Gegenteil behauptet, der ist ein „gewissenloser Heizer“. Zur Illustration dieser Behauptung möge folgendes, vom Nürnberger Polizeibericht gemeldet Vorkommnis dienen. Heute nacht wurde im höchsten Bahnhofe der Stadtcafé abgesucht und ca. 100 obdachlose Personen, die sich zum Übernachten dahin begeben hatten, baraus vertrieben. Auf dem Bahnhofsvorplatz rotteten sie sich wieder zusammen und zogen vor das Rathaus, wo sie sich vor der Polizeiwache aufstellten und Obdach verlangten. Die Polizei half sich in ihrer Manier, indem sie etwa 20 der Hauptstreiter herausgriff und ihnen ein Obdach hinter Schloss und Riegel anwies, worauf die übrigen auseinander gingen. Damit hält man wohl die Frage „gelöst“.

* München, 10. Februar. In die Generaldebatte zum Etat des Ministeriums des Innern griff heute auch noch unser Genosse Segis ein. Er erklärte vor allem, daß ihn die Antwort des Ministers auf die Anfragen Böllmars bezüglich der politischen Überwachung Bayerns durch die preußische Polizei, des Posadowitschischen Erlasses und die Ausdehnung des Militäramtswesens auf den Gemeindedienst in seiner Weise befriedigt habe. Weiter empfahl Genosse Segis die Revision der Landtagswahlinstruktions von 1882 und wandte sich dann in scharfer Polemit gegen das Centrum, das jetzt einen Versetzungssturm um seine Egistzen führt. Er widerlegte die Behauptung von dem angeblichen Rückgang der Sozialdemokratie gründlich, sagte den verrichten centralpatriotischen „Generalrednern“ verschiedene negative Schmeicheleien und gab am Schlusse seiner vortrefflichen Rede noch eine kurze Darlegung über Zweck und Ziele der Sozialdemokratie.

Minister v. Zeilitzsch erwiderte, er könne auf die von Böllmar an ihn gerichteten Fragen nicht mehr sagen, als er es bereits gethan habe. Die Revision der Landtagswahlinstruktions versprach er in ernste Erwürdigung ziehen zu wollen.

Damit war der Höhepunkt der Debatte überschritten und es wurde denn auch, nachdem noch zwei Redner gesprochen hatten, ein Antrag auf Schluß der Diskussion, obwohl die Rednerliste noch ein Dutzend Namen aufwies, mit großer Mehrheit angenommen. Selbst das Centrum stimmte für diesen Antrag und schritt damit auch seinem Führer, Dr. Danner, das Wort ab. Die Herren haben wohl eingesehen, daß sie sich in diesen vier Tagen genugmäßen blamiert hatten und eine Dalleraide deshalb vollständig überflüssig war.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat zum Etat des Staatsministeriums des Innern den Antrag eingebracht, statt 2000 Mt. zur verdeckten Heranziehung weiblicher Hilfskräfte zur Gewerbeinspektion gegen Bergstiftung für die einzelnen Dienstleistungen für die Anstellung zweier weiblicher Assistenten den Betrag von 3720 Mt. ins Budget einzusezen.

G. Straßburg i. E., 7. Februar. Der staatsbürgerliche Eisener des reichsländischen Verwaltungsbeamten hat von berufener Seite eine geradezu vernichtende Kritik erfahren. Die Urteilsverkündigung in dem Preßbeleidigungsprozeß des Kreisdirektors von Erstein, Peucer, gegen den verantwortlichen Redakteur Herber vom Klerikal-Gäßchen, die um acht Tage verschoben worden war, lautet auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten. Das genannte Blatt hatte dem Kreisdirektor ungesehene Handlungen, begangen anlässlich der Reichstagswahlen von 1893 und der Nachwahl im Kreis Erstein im Jahre 1896, vorgeworfen und einige unzweideutige Andeutungen über die Vergeschichte dieses Verhaltens Peucers gemacht. In der Hauptverhandlung selbst wurde nachgewiesen, daß der klägerische Kreisdirektor beim Verleger des Kreisblattes er-

kenbare Wahlzettel bestellte, um in den Fabrikorten feststellen zu können, wer sozialistisch wähle. Ferner ergab die Beweisaufnahme, daß Peucer den erwähnten Verleger bestimmt, dem über jene Vorfälle Erhebungen veranstaltenden Polizeikommissar gegenüber falsche Aussagen zu machen. Das freiprechende Verdict des Gerichtes hat in den Kreisen aller rechtlich Denkenden lebhafte Befriedigung hervorgerufen.

Colmar, 10. Februar. In der Majestätsbeleidigungssache wegen des Artikels „Kaisers Geburtstag“ ist das Hauptverfahren gegen die Redakteure Hermann Walter und Eug. Schmidt der Els.-Vothr. Volkszeitung sowie gegen die Geschäftsführer Aug. Schmidt und Th. Roser vor der Strafammer eröffnet worden. Die Hauptverhandlung ist auf den 21. Februar festgesetzt.

Meine politische Nachrichten. In die Festung Wesel überführ wurden neun Mann des 16. Infanterie-Regiments aus Köln, die in Gemeinschaft mit sieben anderen Kameraden vor einiger Zeit, wie wir berichtet haben, ihren Stubenältesten überstiegen und schwer misshandelten. Es töte bei dieser Gelegenheit der Stubenälteste in der Notwehr einen der Angreifer durch einen Stich mit seinem Seitengewehr. — Im ungarnischen Parlament erklärte Graf Eugen Böky (Nationalpartei) sich gegen die Einschränkung der Freiheit, weil er dieselbe für ungeeignet hält zur Entwicklung der sozialistischen Bewegung. — Der russische Minister des Innern hat am 22. Januar genehmigt, daß die in Kiew erscheinende Zeitung „Kiewjanin“ ohne Präsentenzensur erscheine. Ein welcher Name!

Großbritannien.

Zur Gründung der Parlamentstagung. Parallele zwischen Madagaskar und China.

London, 9. Februar. Sir Charles Dilke hat ein neues geflügeltes Wort geschaffen. Er hat die Regierung des Lord Salisbury als eine solche bezeichnet, die „Jingo schwatzt und Manchester handelt“. Für deutsche Leser braucht dieses Wort eine kurze Erklärung. „Jingo schwatzen“ ist gleichbedeutend mit chauvinistisch bramarbeiterisch und Säbelrasseln. „Manchester handeln“ heißt dagegen Krämerpolitik treiben, Handelsinteressen in den Vordergrund schieben.

Wie weit diese Bezeichnung auf Lord Salisburys Diplomatik anwendbar ist, wissen Ihre Leser längst; es ist ein Thema, das in diesen Spalten zur Genüge behandelt worden ist. Lord Salisburys Neffe, Herr Arthur Balfour, hat in seiner im Unterhause gehaltenen Rede die Unterhandlungen mit China wegen der zu leistenden Anleihe mit abschließender und markierter Gleichgültigkeit behandelt. China hat nie ein Unleihen verlangt, und damit ist die Sache abgehängt, bemerkte der Minister in seinem wegversendsten Tone.

Einen guten Begriff von der Diplomatie des Lord Salisbury und ihren Mißerfolgen erhält man aus den Vorgängen in Madagaskar. Sie können uns als Vorbild dienen für das, was England in China bevorsteh, wo Lord Salisbury sich bekanntlich auch auf alte Vertragsrechte und das der meistbegünstigten Nation zugeseherte Recht stieß. Die Insel Madagaskar ist vor Jahren von den Franzosen in Besitz genommen und 1896 zur Kolonie gemacht worden. Schon im August 1896 schrieb Lord Salisbury eine seiner schönsten und schärfsten Depeschen, worin er das französische Kabinett darauf aufmerksam macht, daß den britischen Händlern unter einem alten, mit der Königin von Madagaskar abgeschlossenen Vertrag, gewisse Vorräte zugestanden werden seien, die die beschlossene französische Annexion nicht abschaffen können. Herr Hanotaux nahm von dieser energischen Einsprache einfach keine Notiz. Es liegt unglaublich, ist aber eine geschickliche Thatache, daß Lord Salisbury in dieser für den britischen Handel sehr wichtigen Angelegenheit volle sieben Monate verzögert ließ, bis er sich selbst der Sache wieder erinnerte und Herrn Hanotaux um Antwort bat auf seine Depesche, in der Lord Salisbury über die Verletzung britischer Rechte Beschwerde geführt hatte.

Aber auch jetzt hatte der französische Minister keine Eile. Er ließ weitere zwei Monate verstreichen, und mache dann Lord Salisbury kurz und bündig die Mitteilung, Madagaskar sei unter die unmittelbare Herrschaft Frankreichs gestellt worden, und werde in Zukunft gemäß den Landesgesetzen regiert werden. Damit war Lord Salisbury abgeführt und er gab sich zufrieden!

Wenn man sich daran erinnert, wie die englische Diplomatie immer und überall den kürzeren zieht, so darf man erwarten, daß auch die Unterhandlungen mit Frankreich in Westasien ein ähnliches Ende nehmen werden.

Der abessinisch-englische Vertrag. — Handelspolitische.

London, 11. Februar. Der Vertrag zwischen Großbritannien und Abessinien ist veröffentlicht worden. Danach besteht zwischen beiden Nationen freier Handelsverkehr. Großbritannien erhält hinsichtlich der Söldner alle Vorteile, die anderen Nationen bewilligt werden. Alles Material für den Dienst des äthiopischen Staates, das über den Hafen von Zeila eingeführt wird, ist von Zöllen befreit. Der Transport von Feuerwaffen und Munition für König Menelik durch britisches Gebiet ist gestattet. Menelik ist verpflichtet, dem Durchgang von Waffen und Munition für die Mahdisten, die er als Feinde seines Reiches erklärt, jedes mögliche Hindernis in den Weg zu legen. Die Grenzen werden in Erklärungen, die zwischen dem britischen Abgesandten Rodd und Ras Makonnen ausgetauscht werden, genau festgesetzt.

Im Verlaufe der Abredebatte wurde heute wohl im Unterhause ein Amendement Vincent, in dem die Regierung aufgefordert wird, ihre Aufmerksamkeit dem künstlichen Ansporn zu schenken, den die frende Konkurrenz gegenüber britischen Handelsartikeln durch Tarife, Prämien und andere Maßregeln erhält, ohne besondere Abstimmung abgelehnt.

Der Handelsminister Ritchie erklärte: Der deutsche Eisenbahntarif für Ausfuhrartikel gewähre auf den fremden Märkten den deutschen Importeur Vorteile gegenüber den englischen Importeuren. Es sei die Absicht Salisburys, bei den Unterhandlungen über den neuen Handelsvertrag der deutschen Regierung Vorstellungen zu machen, um sie zu veranlassen, den Eisenbahntarif auf einer Grundlage aufzustellen, die den deutschen Konkurrenten nicht einen unbilligen Vorteil gewähre; aber die Regierung halte an dem Freihandel fest, der den Wohlstand Englands so sehr gehoben habe.

Centralamerika.

Der Tod des Präsidenten. Der Präsident von Guatemala, J. M. Negra Barrios, ist am 9. Februar um 7 Uhr abends in der Nähe des Palastes ermordet worden.

Barrios wurde am 15. März 1892 zum Präsidenten gewählt; seine Regierungsperiode wäre 1902 abgelaufen gewesen.

(Fortschreibung in der 1. Beilage.)

Hierzu zwei Beilagen.

Achtung, Stellmacher!

Sonnabend den 12. Februar abends 1/2 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Coburger Hof, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Volksernährung, Erziehung und Bildung. Referent: Kollege Franz Mensch. 2. Wie werden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse von früher eingehalten? 3. Gewerkschaftliches. [1280]

Das vollzählige Erscheinen ist notwendig. Das Agitationskomitee.

Sonnabend den 12. Februar abends 9 Uhr

im Restaurant Johannisthal, Hospitalstraße

Oeffentl. Versammlung

der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-galanteriewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung: 1. Der Sauerstoff und seine gesetzlichsten Verbindungen. Chem. Experimentalvortrag. Referent: Gen. Gehler. 2. Gewerkschaftliches. Zahlreichen Besuch erwartet [1287]

Der Einberufer.

Fortsbildungsverein L.-West

Sitz L.-Kleinzschocher.

Sonnabend den 12. Februar abends 9 Uhr [1275]

im Bürgergarten

Vortrag von Herrn Dr. Frische

über: Das demokratische Prinzip in der Geschichte.

Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Achtung, Textilarbeiter

und Arbeiterinnen.

Sonnabend den 12. Februar abends 1/2 Uhr

Oeffentl. Versammlung

in der Erholung, L.-Kleinzschocher.

Tagesordnung: 1. Ist die Achtstundenarbeit in der Textilindustrie eine

Notwendigkeit? 2. Gewerkschaftliches und Diskussion. [1292]

Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist Pflicht. Der Einberufer.

Achtung!

Achtung!

Cementarbeiter und verwandte Berufe.

Sonnabend den 12. Februar 1/8 Uhr [1301]

Monatsversammlung b. Spiech, Seeburgstr.

Tagesordnung: 1. Lohnfrage. 2. Unterstützungsfrage. 3. Gewerkschaft-

liches und Diskussion. D. V.

Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgen.

(Einzelmitglieder des deutschen Verbandes.)

Sonntag den 13. Februar nachmittags 3 Uhr

Oeffentliche Versammlung

bei Spiech, Seeburgstraße 3/5.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Neuere Dampfmaschinen. 2. Diskussion.

3. Gewerkschaftliches. 4. Berusumshau. [1279]

Es ist Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung recht zahlreich und pünktlich

zu erscheinen.

Formeru. Berufsgen.

Sonntag den 13. Februar vormittags 1/11 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Saale des Coburger Hofs.

Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage und ihre Folgen. Referent:

Kollege Ernst Grenz. 2. Wahl eines Agitationskomitees. 3. Werkstellen-

angelegenheiten. [1290]

Es ist Pflicht sämtlicher Kollegen, vollzählig zu erscheinen.

Kassenlokal

der Kranken- u. Begräbniskasse

f. Schmiede u. i. d. Metallbranche

beschäft. Arbeiter befindet sich Kurprinzstr. 20, Restaurant zur

kleinen Markthalle. — Der nächste Kassenabend findet Sonnabend den

12. Februar statt. [1066]

St. Müller, Vorstand.

Arbeiterverein Leipzig.

Sonnabend den 12. Februar

19. Stiftungsfest

Im Felsenkeller zu Plagwitz und in der Germania, Sellerhausen.

Programme im Vorverkauf 20 Pfg., an der Kasse 30 Pfg.

Mitglieder und Freunde des Vereins laden freundlich ein. Der Vorstand.

Arbeiter-Verein Wahren.

Sonntag den 13. Februar

V. Stiftungsfest

im neuen Saale des Birkenschlösschens zu Wahren bestehend in Instrumental- u. Gesangs-Konzert, Theater u. Ball. Eintritt 3 Uhr. Aufgang 4 Uhr.

Zahn-Atelier

v. Arthur Stolper.

Anfertigung v. Zahnen, Plomben u. s. w. Grimmaischer Steinweg 4, II.

20 Marktthallenstand 20.

Empfehl. Rindfleisch 55, 60, 65 Pfg.
ff. Kalbfleisch 60 Pfg.
ff. Hammelfleisch 50, 55—60 Pfg.
ff. Schweinefleisch 65—70 Pfg.
ff. geh. Rind- u. Schweinefleisch 70 Pfg.
Blut-, Leber- u. Knackf. 70, bei 5 Pfg. 65 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Morgenstern in Leipzig.

Deutschkatholische Gemeinde (freirelig.)
Sonntag, 13. Februar, fech 10 Uhr I. Bürgerschule: Erbanung. Prediger Klippenberger.
Sonntag den 20. Februar Stiftungsfest im Goldenen Adler, L. Lindenstr. Angerstraße. Aufgang nadem. 4 1/2 Uhr.

Volksbildungs-Verein
L.-Gohlis.
Sonntag, 18. Februar, abends 8 Uhr
Oeffentl. Versammlung im Restaurant Mönchshof, Georgstr. 21.
I.-D.: 1. Steuerberichtigung. 2. Vortrag über: Kindererziehung. 3. Diskussion. [1278]
Der Vorstand.

Arbeiter-Verein Lenzh.
Sonnabend den 12. Februar 1898

Mitgliederversammlung bei Elsart. Tag.-Ord.: Gemeindebericht. [1308]
Der Vorstand.

Arb.-Verein Stötteritz und Umgegend.
Sonnabend den 12. Februar 1898 abends punt 9 Uhr

Grosser Vortrag vom Genossen Lipinski über: Arbeiterschutz und Arbeitertreue. Wölfe haben Zürcht. Zahlreichen Erscheinen steht entgegen. Der Vorstand.

Gasthaus z. gold. Schiffchen 2. Volkmarzdorf, Wilhelmstr. 20. Jeden Sonnabend Freikonzert. Hochdramatisch G. Becker.

Restaurant u. Café Drei Kronen Lange Strasse 37.

ff. Biere, Kaffee u. s. w. Jeden Freitag Schweinstückchen. Frendlichkeit lädt ein A. Kunze.



Auf Credit!! erhält jedermann
Herren-Anzüge, Valetots, Jackets, Hosent. fertig und nach Maß in besser Ausführung u. tadelosem Sty.
Knaben-Anzüge
Damen-Jackets, Krägen, Umbänge, Mäntel Kleiderstoffe, schwarze Cache-mires, Gardinen, Bettzeuge. Möbel und Betten bei wöchentlicher Abzahlung
1 Mark an. L. Cohn Waaren-Credit-Haus „Im Westpflatz“. Eingang: Colonnadenstraße 34, I. Die Anzahl ist unbedingt festzustellen. Die Preise sind erstaunlich billig! Die Qualitäten sind die besten. Die Zahlungsbedingungen sind so günstig wie irgend möglich.

Möbel neu u. gebraucht, Spiegel u. Polstermöbel, waren aller Art empfohlen billig Paul Gebauer, Plagwitz, Biegerstraße 20

11. Februar

Robert Röser
grösstes Fleisch- und Wurstgeschäft
in der Markthalle
24, 25, 26 und 27

empfiehlt [10746]

Prima Rindsfleisch Pfd. 50, 55 u. 60 Pfd.

ff. Weißf. Schinken	Pfd. 0.85	ff. Gervelat u. Salamiw.	Pfd. 1.25
ff. Vorber-Schinken	0.80	ff. Mettwurst	0.90
ff. Nach-Schinken	1.40	ff. Knackwurst	0.80
ff. Röll-Schinken	1.10	ff. Volksliche Knackwurst	0.80
ff. Kasseler Rippenspeck	0.90	ff. Jungewurst	0.70
ff. Rindsfleisch u. Speck	0.80	ff. Blute u. Leberwurst	0.70
ff. Schweinefett	0.80	ff. Wurstfett	0.60
ff. Hausschlachtene Wurst, bei 5 Pfund 0.65 Mark.			

Alles eigenes Fabrikat und Fleisch des im städtischen Schlachtere und Viehhof geschlachteten Viehs.

Poetzsch's Röst-Kaffee!

100 u. 120 Pf.

das Pfund sehr gut und rein von Geschmac.

140, 160, 180 u. 200 Pf.

das Pfund sehr bez. hochsein von Geschmac.

Rich. Poetzsch

Königsplatz an der Wächterstraße

und Grimmaischer Steinweg

gegenüber der Querstraße.

Union-Brikett.

Infolge meiner diesjährigen bedeutenden Abschlüsse und des so flauen Winters verkaufe ich meine anerkannt vorzüglich Union-Brikette, ab Lagerplätze, bei mir für 60 Pfg., frei Keller geschüttet 65 Pfg., per Kasse. Bemerkt sei, daß ich meine Union-Brikette nur nach Gewicht liefern, welches das reelle und richtigste für jeden Konsumenten ist und daß ein Ctr. ca. 160—170 Stück Brikette enthält.

Robert Rössner, Comptoir u. Lagerplätze L.-Lindenau, Kaiser Wilhelm-Strasse 19—23.

Schleuniger Ausverkauf!

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Ich habe ein Warenlager von Bettzeugen, Inlets, Hemdenbarchenten, Handtüchern, Velourbarchenten, Schlafliegen, weißen Damastbettzeugen, Barchenthänden etc. kolossal billig verkauft.

Da ich diese Waren in meinem Geschäftslökal nicht unterbringen kann, verkaufe solche, um unbedingt schnell zu räumen, zu

spottbilligen, nie dagewesenen Preisen.

Ein Teil der Waren ist im Schaufenster ausgelegt.

Selmar Kraft

Lindenau.

Gerösteten Kaffee

à Pfd. 1.— Mk. und 1.20 Mk.

rein und wohlschmeckend

empfiehlt angelegentlichst [1221]

S. Klaas, L.-Gohlis

Wals- u. Mädchne Str. 1, I.

L.-Plagwitz, Karl Heine-Str. 28.

Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung S. Heinrich in Leipzig.

Reichstag.

37. Sitzung. Donnerstag, 10. Februar 1898, 2 Uhr.

Am Bundesratssitz: Niemand.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung des von den Abg. Auer und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, betr. das Versammlungs- und Koalitionsrecht.

Abg. Pachnicke (freil. Bg.): Das Versprechen des Reichskanzlers, betr. die Revision des Vereins- und Versammlungsrechtes, soll nicht länger als ein Schauspiel im Glasschrank der Verfassung stehen. Das heutige Vereinsrecht und seine Ausführung durch die Behörden ist ganz unhalbar. Das letzte Mal wurde auf Sachsen hingewiesen, in Mecklenburg aber sind die Beschränkungen der Versammlungsfreiheit noch schlimmer. So hat man dort aus den Sonntagsruhebestimmungen eine direkte Beschränkung des Rechtes, Versammlungen abzuhalten, hergeleitet.

Redner referiert hierauf über eine sehr große Anzahl von Fällen, in denen vor allem die willkürliche Handhabung und Auslegung des Gesetzes von Seiten der Amtsvorsteher das Versammlungsrecht überhaupt illosmachte; so habe ein Amtsvorsteher verlangt, den Vortrag vorher im Auszuge kennen zu lernen (Hört, hört!); eine Verfassung sei aufgelöst worden mit der Begründung: über Amtsvorsteher und Beamte dürfe nicht gesprochen werden re! (Hört, hört!) Hierzu kommen noch die schlaudern Wahlregeln von Seiten des Bundes der Landwirte, der auf jede Weise begünstigt werde. Man verlaut überhaupt, der Thron eine agrarische Brille auf die Nase zu setzen. (Heiterkeit.) Alle diese Wahlregeln können aber eine Bewegung nicht aufhalten. Es bleibt nur noch eine Macht: die Presse. (Beifall links.)

Abg. Stolle (Soz.): Der Antrag, der von unseren Genossen eingebracht ist, fordert nur ein Recht, das das deutsche Volk vor 50 Jahren bereits in seinem Besitz hatte. Das große Jahr 1848 hatte ihm diese Gründlichkeit gebracht. Freilich erhob bald genug die Reaktion in Preußen ihr Haupt und schuf die Bestimmungen, die das Vereinsrecht knebelten; und nach und noch folgten auch die übrigen deutschen Staaten diesem Vorgehen.

Sie alle wissen, was uns da die letzte Zeit gebracht hat. Sie haben zum Ueberdruck oft von dem Versprechen des Reichskanzlers gehört, und von der sogenannten Art, wie es in Preußen durch Fr. v. d. Recke eingelöst worden ist, wie er auf verschiedener Weise zwar das Verbot des Interbindungsstreits beseitigen, dafür aber eine Reihe von Maßnahmen einführen wollte, die das Vereinsrecht uns überhaupt illos gemacht hätten.

Diesem Beispiel des preußischen Ministeriums ist man auch im Königreich Sachsen gefolgt. Die Regierung hat dort äußerlich ihr Versprechen erfüllt und die Aufhebung jenes Verbots beantragt. Gleichzeitig aber haben die Konservativen einen Antrag eingerichtet, der das bisherige Recht verschärft, der es den Frauen unmöglich machen sollte, Versammlungen zu besuchen. Dieser Antrag der Konservativen ist zweifelsohne von der Regierung selbst inspiriert. Wäre dem nicht so, so hätte die Regierung erklären müssen, daß sie angeht des Versprechens, das der Reichskanzler gegeben, einem solchen Antrag von Seiten des Landtages ihre Zustimmung nicht geben könnte.

Damals sprach sich Herr Lieber für volle Gleichstellung der Parteien bei Handhabung des Vereinsrechtes aus. Es wird sich zeigen, wie weit seine Parteigenossen da mit ihm gehen; denn wenn sie mit ihm in diesen Grundlagen übereinstimmen, so müssen sie konsequenterweise alle für unseren Antrag stimmen, da dieser eben das gleiche Recht für die in Kohlensyndikaten vereinigten Arbeitgeber und für die Arbeiter verlangt.

Die Arbeiter finden aber heute noch nicht einmal die Versprechungen eingelöst, die im Jahre 1890 durch die bekannte Thronrede gegeben wurden, und was sie am meisten hindert, sich bei besseren Arbeitsbedingungen zu erringen, sind die Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes. Darin stimmen mit mir auch einige der Herren Gelehrten überein. So äußerte sich auf dem Kongress des Vereins für Sozialpolitik der bekannte Professor Hertel in Karlsruhe: In Deutschland sind die Unternehmer vereint, die Arbeiter nicht. Sie haben vor das allgemeine Wahlrecht, aber es liegt in den Händen der Gesetzgebung, ob sie sich gehörig für den Wahlkampf vorbereiten, d. h. organisieren können, und gerade durch die Bestimmungen des Vereinsgesetzes ist ihnen dieses erschwert. Dafür möchte ich einige Belege besonders aus meiner speziellen Heimat Sachsen anführen.

Die Appreturarbeiter in Mecklenburg suchten sich mit ihren Arbeitgebern zu verständigen, besonders in betreff der überwältigen Arbeitszeit, die öfters bis nachts 10 Uhr dauerte. Die Gesundheit der Arbeiter wurde dadurch aus schweren geschädigt, und die Krankenfassen konnten den an sie gestellten Ansprüchen nicht nachkommen. Vor allem sollten die Überstunden abgeschafft, ein Fabriktausch als Verbindungsglied zwischen Arbeitgeber und Arbeitern eingesetzt und eine Lohnverhöhung von 25 Proz. bewilligt werden. Das sind gewiß sehr billige und berechtigte Forderungen. Es sollte nun eine Volksversammlung einberufen werden, in der ich das Referat hatte, und weil gerade der Bürgermeister mit den Stadträten in Streit lag, gelang es uns auch in diesem Falle, die Erlaubnis dazu zu erlangen. Es wurde dann auch eine Einigung erzielt und die Fabrik setzte die Arbeitzeit auf sechs Stunden ein. Die siebente Stunde, auf die die Fabrikherren aus Vertriebsgründen nicht verzichten zu können meinten, sollte als Überstunde betrachtet werden. Das bedeutete für die Arbeiter eine Lohnverhöhung von 2,50 Pf. Hieraus ersehen Sie also den Vorteil, den die Gewährung der Versammlungsfreiheit den Arbeitern bietet kann.

Als aber in Glauchau die Arbeiter mit der Forderung auftraten, wurden sofort 60 Arbeiter gemacht. (Hört, hört!) In der Stadt war es ihnen nun absolut nicht möglich, ein Lokal zu bekommen. So allen Werten, die dazu bereit waren, mit Konzessionsentziehung gedroht wurde. Auf dem Lande wurde eine Versammlung zwar gestattet, aber dann durch einen blutjungen Überwachungsbeamten innerhalb 5 Minuten aufgelöst. Auf eine Beschwerde kam dann der Bescheid, die Auflösung sei erfolgt, weil es in ausreichendem Maße dafür Sorge getragen sei, daß zwischen den Stuhkreisen der gesetzlich geforderte Zwischenraum von 1/4 Meter innegehalten würde.

Lokalbesitzer, die ihren Saal zu Versammlungen für Arbeiter hergaben, wurde die Ablösung von Tanzmusik verweigert. In der Begründung hieß es, es sei kein Bedürfnis vorhanden. 2-300 Schritte weiter war Bedürfnis vorhanden. Politische Gründe sind nicht ohne weiteres nachweisbar in solchen Fällen. Aber in Arbeiterkreisen ist der Glaube verbreitet, daß die Altien bestimmt Brauereien in den Händen der Verwaltungsbürokratie sind und diese auf die Lokalbesitzer einen Druck ausüben wollen, damit sie eine bestimmte Sorte Bier verschärfen. (Sehr richtig! links.)

Der Arbeiterschutz liegt in Sachsen sehr im argen, bei den Gewerbe-Inspektoren erlangen die Arbeiter keine Besserung, es bleibt ihnen nichts übrig, als mit ihren Beschwerden an die Oeffentlichkeit zu gehen. Die Versammlungen sind aber auch zur Regelung der Lohnfragen notwendig. In der einzelnen Fabrik läuft sich das nicht machen, es müßten die Arbeiter mehrerer Fabriken zusammentreten. Ihnen sie das aber, so treten sie zur Behandlung öffentlicher Angelegenheiten in Verbindung und versetzen dem Strafgesetz. Der Geh. Rat Fischer nicht. Da kann man wohl sagen:

Will des Fr. v. Stumm ganz allein.

In den Motiven zu dem sächsischen Vereinsgesetz von 1850 heißt es, es könne der Regierung nur erlaubt sein, das Urteil aller über die Maßnahmen der Regierung zu hören. 50 Jahre hindurch konnten Minderjährige und Frauen an den Versammlungen

teilnehmen. Heute soll das gefährlich sein. Heute sind die Minderjährigen dumm Jungen; haben die jungen Arbeiter nicht dasselbe Interesse wie die älteren an der Lohnfrage? Ist man jetzt weniger weit wie vor 50 Jahren? Was haben denn da unsere Schulen gemacht? (Schall gell links.)

Es ist geradezu empörend, die jungen Leute an dem Versammlungsrecht zu hindern, während man sie für läufig hält, als Soldaten ihr Gut und Blut zu opfern. Ganz ähnlich steht es mit den Frauen. Vor 50 Jahren war die Frau noch nicht so sehr in der Fabrik läufig wie heute. Heute, wo sie in der Fabrik arbeitet, allen Gehören ausgenutzt ist, Unfälle erleben kann und erlebt, will man ihr das Recht nehmen, in öffentlichen Versammlungen ihre Interessen wahrzunehmen.

Aber nicht bloß das Koalitionsrecht wird dem Arbeiter in Sachsen verklammert, es wird ihm auch fast unmöglich gemacht, sich an den Reichstagswahlversammlungen zu beteiligen. Ich muß hier, um mit Herrn Fischer zu reden, wieder alte Parade-gerüche reißen, aber da in Sachsen kein Tag ohne Missgriffe der Behörden vergeht, wäre es von uns unverantwortlich, die Dinge hier nicht mit Sprache zu bringen. Es ist den Abgeordneten oft nicht möglich, ihren Wählern Bericht zu erstatten. So hat die Zwickauer Amtshauptmannschaft die Versammlungen mit der Wahlverordnung verboten, die sächsischen sozialdemokratischen Abgeordneten führten eine so heftige Sprache im Landtag, daß sie vorausichtlich auch in den Versammlungen heftig sprechen würden. Nun, ich frage die Herren vom Centrum, haben Sie nicht auch während des Kulturkampfes eine sehr heftige Sprache gegen die Regierung geführt? Wie würdet es Ihnen gefallen haben, wenn daraus hin Ihre Wählerversammlungen verboten worden wären. Wie ist es als Reichstagsabgeordneten unmöglich gemacht worden, meinen Wählern Bericht über meine Thätigkeit zu erstatten. Das ist nicht Landesache, sondern Reichsache. Was nutzt uns § 17 des Wahlgesetzes? Meinen Kollegen Hofmann ist es 5 Jahre lang unmöglich gemacht worden, in seinem Wahlkreis zu sprechen. Das ist vom Minister Meißner selbst im Landtag als Uebelstand angesamt worden und er hat Abhilfe versprochen. Aber die Unterbehörden kümmern sich nicht um die Verordnungen der Vorgesetzten. Daraus hin wurde eine Versammlung im Hofmannschen Wahlkreis wohl gestattet, aber Hofmann verboten, zu sprechen. (Hört, hört!)

Die Teilnahme von Frauen an öffentlichen Versammlungen ist gestattet; ein Ministerialreskript befagt es ausdrücklich. In einer Versammlung in Glauchau waren 2 Frauen. Der überwachende Beamte verlangte ihre Entfernung; ich verwies ihn auf das Gesetz, auf ein Ministerialreskript und auf eine Erklärung des Ministerialrates Fischer im Reichstage. Was sagte der Beamte: "Was geht mich der Minister, was geht mich der Dr. Fischer an?" (Sturmische Heiterkeit links.)

Diese Zustände sind unerträglich; mit ihnen muß durch Annahme unseres Antrages tabula rasa gemacht werden. Die reaktionären Parteien aber brauchen sich um den § 24 des sächsischen Vereinsgesetzes nicht zu kümmern. Sie übertragen es fortgesetzt, ohne daß sich die Regierung darum kümmert. Es wird eben mit Dasselbe, worüber wir in Sachsen zu klagen haben, geschleift in anderen Staaten auch, so in Sachsen-Wettmar. In Wettmar, daß einen sächsischen Amtshauptmann bekommen hat, werden und alle Versammlungen verboten. Den anderen Parteien wird alles angelassen. Als unser Genosse Lütgenau eine Übertragung des Vereinsgesetzes durch andere Parteien anzeigen, lehnte die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft die Verfolgung ab.

Den deutschen Volks müssen die Grundrechte wieder erobert werden, die es 1848 besaß. Diesem Recht dienen unsere Anträge. Wenn es ernst ist mit den Freiheitsrechten des Volkes, muß für sie stimmen! (Lachsalvo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Mörsle (wildliberal) erklärt sich als Unternehmer, als Leiter einer großen Aktiengesellschaft, für volle Koalitionsfreiheit aller, auch der ländlichen Arbeiter. Das politische Wahlrecht bleibe dafür keinen Erfolg. Auch den Frauen müsse bei den heutigen wirtschaftlichen Zuständen volles Vereinsrecht gewährt werden. Während man aber bei den Arbeitern peinlich auf die Innthalitung des Vereinsgesetzes achtet, kümmere man sich gar nicht um das Thun der Unternehmer. Redner hat selber Versammlungen abgehalten, die nicht angemeldet waren. Kein Hahn habe danach gekräht.elleicht werde das jetzt bei ihm anders, wo er, der mit der Sozialdemokratie in der Frage des Koalitionsrechts zusammengehe, wohl zu den unbewußten Mitläufern gezählt werde. (Heiterkeit. Zuruf von Singer und Wurm: Zu den bewußten!) Ein Vorwand sei es, wenn man in solchen Fällen immer von den vaterlandstreuen Lendenen der Sozialdemokratie spreche; in Wirklichkeit wolle man einfach nur die Arbeiter verhindern, ihre rein wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen. Die Arbeiter kämpfen jetzt denselben Kampf, den früher die Bürger gegen die Junker hätten führen müssen. Man spreche von Streikvereinen und verweise auf Engeland; aber die Statistik zeigt, daß dort die Zahl der an Streiks Beteiligten mit dem Wachstum der Gewerksvereine abnehme.

Die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse müßten anerkannt werden, vor allem das Koalitionsrecht. Der Erlass des Grafen Posadowsky aber zeige gerade weite Kreise des Volkes, daß man eine Begünstigung einseitiger agrarischer Interessen unter rücksichtsloser Beiseiteziehung der wichtigsten Arbeiterinteressen als leitendes Prinzip befoge. Ausschreitungen bei Streiks mögen vorkommen, aber die bestehenden Strafgesetze reichen vollkommen aus. Und die Ausschreitungen seien zu entschuldigen. Auch in den Kreisen der Unternehmer werde derjenige, der sich an Abmachungen seiner Kollegen nicht beteiligt, nicht als besonders achtungswert Mann gelten. Wer dem Arbeiter das gleiche Recht nicht gönne, versündige sich mehr am Volke als alle Sozialdemokraten. (Bravo! links.)

Abg. Bubbell (Soz.): Wie anders lang die Rede des Abg. Mörsle gegen die Rebe, die am 26. Januar der Abg. Freiherr von Stumm gehalten hat. Herr Mörsle können wir dankbar sein, daß er das Recht dem Arbeiter nicht verklammern will. Aber er ist auch ein weiserabe unter den Arbeitgebern. Herr Stumm hat früher die preußische Regierung zu ihrem rücksichtslosen Vorgehen gegen die Arbeiter beglückwünscht. Der Erlass des Grafen Posadowsky entprach wohl ganz einem stillen Wunsche des Herrn von Stumm und er wird wohl jetzt zufrieden sein.

Man wirst und vor, daß vor fortwährend dieselben Klagen vorbrächten. Aber solange die Entziehung und Knebelung des arbeitenden Volkes fortbauen, so lange werden wir Jahr für Jahr diese Klagen wieder vorbringen. Wer von Ihnen nicht auch immer wieder vom Beschäftigungsnachweis und anderen Dingen bis zum Ueberdruck geredet?

Nach der Ansicht des Herrn v. Stumm ist die Zahl der Streikenden, die sich an den Arbeitswilligen vergangen, eine beständige wachsende. Die Statistik aber stellt fest, daß innerhalb des deutschen Reichs statigfunden haben im Jahre

Streiks	Beteiligte	auf Tausend sind bestraft
1892:	73	3022
1893:	116	3356
1894:	131	7128
1895:	204	14 032
1896:	493	128 808

Nun, Herr Abg. Freiherr v. Stumm, wie ist es in dieser Beziehung zugegangen, daß in den Jahren 1892-1896 die Bestrafungen wegen Beteiligung an Streiks so rapide gehunken sind? Das ist der Erziehung innerhalb unserer Vereine und Gewerkschaften zu danken. Ihnen, Herr v. Stumm, ist es nicht zu danken. Das ist die Arbeit, die die Arbeiterschaft selbst in diesen Jahren verrichtet hat.

Herrn v. Stumm möchte ich bitten, sich doch einmal auch eine andere Statistik anzusehen. In dem Archiv für soziale Gefangenung vom Jahre 1893 ist zu lesen, daß wegen Vergelens gegen Reichsgefeinde 150 Studierende, oder 8,3 auf Tausend, bestraft und verurteilt sind. Davon 38 wegen Zwielampfes, 87 wegen Körperverletzung, 111 wegen Gewaltthätigkeit, Drohung gegen Beamte, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch. Herr Fr. v. Stumm möge dabei bedenken, daß diese Kreise die sogenannte Elite der Gesellschaft bilden und eine ganz andere Erziehung angeblich genossen haben, und ferner, daß diese Studierenden später als Richter vielleicht in die Lage kommen, Arbeiter wegen angeblicher Mißhandlung von Arbeitswilligen abzurichten.

Ferner möchte ich Herrn Fr. v. Stumm darauf hinweisen, daß, wie eine andere Statistik zeigt, auch der Prozentsatz von prügelnden Polizeibeamten, also den Beamten, die berufen sind, für Sitte und Ordnung zu sorgen, im steten Steigen begriffen ist.

Herr Stumm hat dann neulich seine frühere Erklärung dahin abgenommen, daß er mit den Kaufleuten nicht alle Sozialdemokraten, sondern nur die an Streiks Beteiligten 16-, 17-, 18-, 19-jährigen meinte. Was würde Herr Stumm wohl dazu sagen, wenn hier von der Tribune des Hauses herab die 16-, 17-, 18-, 19-jährigen Offiziere von unserer Seite aus ebenso behandelt würden. Ich bin fest überzeugt, die Aufrégung der ganzen rechten Seite würde eine kolossal sein.

Was nun das vorliegende Gesetz betrifft, so ist ja von Herrn Pachnicke uns ein großer Teil der Klagen aus Pommern hier vorgetragen worden. Er erklärte, so etwas geschehe gegen liberale Bauernvereine, ja was geschehe nun erst gegen die verhasste Sozialdemokratie? Da brauchen wir nicht nach Pommern zu gehen, wir brauchen uns nur vor den Thoren Berlins ein wenig umzusehen, in welcher Weise hier das Vereins- und Versammlungsrecht von den Beamten geradezu mit Füßen getreten wird. Den Gewerkschaften ist die Beschäftigung mit Politik verboten. Wo aber fängt die Politik an? Diesen Organisationen kann jeden Augenblick der Todestod verlebt werden. Der Satz Bismarcks: Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts, muß heute unverändert werden: Wie Deutschen fürchten Gott und die Sozialdemokratie.

Als ich einmal einen Polizeisergeanten darauf aufmerksam machte, daß er dazu da wäre, das Gesetz zu achten, es nicht zu übertraten, antwortete mir dieses untere Polizeiorgan: "Es kommt darauf an, wie ich das Vereinsgesetz auslege." Nicht einmal Festlichkeiten dürfen in Cöpenick abgehalten werden. Beschwerden waren stets frustlos. Wir haben nun einmal die dortigen liberalen Vereine denunziert, um zu sehen, ob denn gleiches Recht für alle noch existiert. Bis jetzt haben wir noch keine Antwort, wir sind gespannt, ob wir überhaupt von Bürgermeister einer Antwort werden gewürdigt werden. Wer kennt nicht die standalösen Verordnungen des bekannten Amtsvorstechers v. Oppen in Uelzenhof, wer kennt nicht die standalösen Vorgänge aus Zehlendorf? Der Amtsvorsteher lehnte die Amtsbefreiung für eine Versammlung ab, weil er angeblich das Lokal nicht kannte. In einem Falle hat sich dieser Herr sogar bei Hausfriedensbruch schuldig gemacht. Um das Fest eines Gesangvereins zu verhindern, ließ der Herr das Bier beschlagnahmen. (Hört, hört! links.) Eine andere Brauerei holt glücklicherweise noch aus. Wir brauchen also nicht nach Sachsen, nicht nach Pommern zu gehen, in der nächsten Nähe von Berlin sind die Herren ebenso hell wie dort. (Große Heiterkeit.) In Oberschlesien kommen ganz unerhörte Dinge vor. Flugblätter verteilen werden verhaftet, die Flugblätter fürgerhand in den Osten gestellt.

Unser Antrag wird, wenn er auch angenommen wird vom Reichstag, von der Regierung nicht angenommen werden. Selbst die Anträge Pachnicke und Mörsle gehen ja der heutigen Regierung viel zu weit. Auch in Weimar, wo kein Vereinsgesetz besteht, geht man gegen die Sozialdemokraten mit Hilfe von ministeriellen Verordnungen vor. Unsere Parteigenossen sind in letzter Zeit Versammlungen fürgerhand verboten worden und der Minister v. Bock hat das im weimarschen Landtag gutgeheissen. Damit werden Sie Herr Freiherr v. Stumm, gewiß sehr zufrieden sein.

Herr v. Stumm macht uns Vorwürfe, daß wir die Arbeiterschaft gegen die englische herab, der längst Versammlungen unter freiem Himmel erlaubt sind. Aber in seinem Kopfe spukt es! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Er fürchtet wohl, daß die Arbeiter von einer Versammlung unter freiem Himmel zu seinem Palast ziehen werden, um ihn zu stürmen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir brauchen ihn viel zu notwendig, um so gegen ihn vorzugehen. Unser Antrag wird solange widerkehren, bis den Arbeitern das volle Vereins- und Koalitionsrecht errungen ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Abg. Neumann (frei. Bg.) zieht seinen Antrag auf Beweisung des Entwurfs an eine Kommission zurück.

Die zweite Lesung findet im Plenum statt.

Verhältnisch bemerkst.

Abg. v. Stumm (Reichsp.): Ich muß doch den Sozialisten größeres Schreck einjagen, als sie mir, denn sie haben mich nach einer vorgenommenen Statistik 79 mal heute genannt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Erwidern will ich Ihnen in der vorgerückten Stunde nicht. Außerdem habe ich die Widerlegung schon in früheren Sitzungen geleistet. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. Fortsetzung der Spezialberatung des Staats des Auswärtigen Amtes. Schluss 6 Uhr.

Das Centrum hat einen neuen Gesetzentwurf über die einzutragenen Berufsvereine eingebracht. Er enthält folgende Bestimmungen: § 1. Werden Vereine, welche die Wahrung und Förderung der Berufs- und Standesinteressen bestimmter Personengruppen bezeichnen, zur Eintragung in das Vereinsregister angemeldet, so kann die Verwaltungsbörde gegen die Eintragung nicht aus dem Grunde Einspruch erheben, weil der Verein einen politischen oder sozialpolitischen Zweck verfolgt oder nach dem öffentlichen Vereinsrecht eines Bundesstaates un

Wird die Anmeldung zugelassen, so hat das Amtsgericht ohne Mitteilung an die Verwaltungsbehörde den Zweigverein sowie den Namen und Wohnort des Geschäftsführers einzutragen und den Eintrag demjenigen Amtsgericht anzugeben, in dessen Bezirk der Verein seinen Sitz hat. Änderungen in dem Bezirk des Zweigvereins oder in seiner Vertretung sowie die Auflösung des Zweigvereins sind von dem Vorstande anzumelden. Auf die Eintragung des Zweigvereins sind die für den Verein geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung. § 6. Mehrere Vereine können zur gemeinsamen Verfolgung von Berufs- und Standesinteressen in Verbindung treten. Die Verfassung der Verbindung wird durch den Verbandsvertrag bestimmt.

coo. Die Militärgerichtsordnungs-Kommission erledigte in ihrer Sitzung vom 10. d. M. das Einführungsgesetz und nahm dasselbe mit unveränderten Änderungen an. Dasselbe geschah auch mit dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der richterlichen Militärjustizbeamten und die unfreiwillige Versetzung derselben in eine andere Stelle oder in den Ruhestand. Damit ist die erste Lesung des Entwurfs bis auf die Frage des bayerischen Reservatrechtes, betr. obersten Gerichtshof, beendet.

Diese Frage wurde schon einmal zurückgestellt, da der Bundesrat noch keine Entscheidung getroffen hatte. Der preußische Kriegsminister erklärt auch heute, daß der Bundesrat sich noch nicht schlußig gemacht habe, aber das Bestreben vorwalte, eine Verständigung herbeizuführen. Man wolle Bayern nicht majorisieren und nehme die größte Rücksicht auf diesen Bundesstaat. Graf Lerchenfeld bestätigt diese ministeriellen Neuergänzungen und wird der Beginn der zweiten Lesung vertragen, bis diese Angelegenheit erledigt.

Ein Mitglied der Militärverwaltung gab noch eine Uebersicht über die nunmehr auf Grund der Kommissionsbeschlüsse sich nötigen machenden Mehrausgaben für die neu geordnete Militärausstattung. Danach würden die Mehrkosten in der gesamten deutschen Armee etwa 2800000 M. betragen. In dieser Summe sind die Ausgaben für Neubauten z. nicht mit eingerechnet, da man sie vorläufig nicht schätzen könne.

In der Budgetkommission wurden am 10. Februar zunächst die Einnahmen des Reichs an Sößen, Verbrauchssteuern und Averien nach den Ansätzen des Staats unverändert genehmigt. So dann begann die Beratung des Militäretats. Bei den Ausgaben wurde auf Vorschlag des Referenten zuerst Tit. I von Kap. 37 erörtert, der die Neuerrichtung der "Feldzeugmeisterei" betrifft. Die Mehrkosten betragen 69 600 M. Es wird an die Spize ein Feldzeugmeister mit 16 500 M. Gehalt gestellt. Der Titel sowie das ganze Kapitel wurden bewilligt, ebenso die entsprechenden Forderungen für das bayerische und württembergische Kontingent.

In der Kommission des Reichstages für die vom Centrum beantragte Novelle zum Strafgesetzbuch (v. Heinz) wurde am 10. Februar zunächst § 182a, der sogenannte Arbeitgeberparagraph diskutiert. Nach langer Debatte gelangte schließlich folgende Fassung zur Annahme: "Arbeitgeber oder Dienstherren und deren Vertreter, die unter Missbrauch des Arbeits- oder Dienstverhältnisses durch Androhung oder Verhängung von Arbeitsentlassung, von Lohnverkürzung oder von anderen mit dem Arbeitsverhältnis zusammen-

hängenden Nachstellen oder durch Zusage oder Gewährung von Arbeit, von Lohnverkürzung oder von anderen aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Vorteilen ihre Arbeiterinnen zur Entlassung oder Verhängung unzulässiger Handlungen verleiten, werden mit Gefängnis bestraft." Dagegen stimmten nur Abg. Beck (freis. Bp.) und die beiden Nationalliberalen. — § 184 erhielt durch einen einstimmigen Beschluss folgende Fassung: "Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 1000 M. oder mit einer dieser Strafen wird bestraft: 1. Wer unrichtige Schriften, Abbildungen oder Darstellungen fehlt, verkauft, verteilt, an Orten, die dem Publikum zugänglich sind, ausstellt oder anschlägt, oder sonst verbreitet, wer sie zum Zwecke der Verbreitung selbst herstellt, oder durch andere herstellt läßt, oder zu denselben Zwecken vorrägt hält, anstellt oder anpreist; 2. Wer Gegenstände, die zu unrichtigem Gebrauche bestimmt sind, an Orten, die dem Publikum zugänglich sind, ausstellt oder solche Gegenstände dem Publikum anstündigt oder anpreist; 3. Wer öffentliche Ankündigungen erläßt, die dazu bestimmt sind, unrichtigen Verkehr herbeizuführen. Ist die Handlung gewerbsmäßig begangen, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat ein, neben der auf Geldstrafe bis 1000 M. erkannt werden kann. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Unlässigkeit von Polizeiauflauf erkannt werden. — Nächste Sitzung Freitag.

klagte gegen die Inhaberin einer Schuhfabrik D. auf Zahlung von 30 M. Entschädigung wegen kündigungsloser Entlassung. Der Vertreter der D. behauptete, daß R. nur anshilfswise eingestellt worden sei, während R. dem entgegenhielt, daß ihm dauernde Arbeit zugesichert worden sei. Die von D. benannten Zeugen ließen D. im Stich, denn sie konnten nicht die Vereinbarung bestätigen, daß R. nur anshilfswise eingestellt worden sei. Es kam zum Vergleich. D. versprach 15 M. Entschädigung an R. zu zahlen und ihn weitere 14 Tage zu beschäftigen.

Der Arbeiter hofft dem Unternehmer für den ihm fahrlässig oder absichtlich zugefügten Schaden. Der Büffettier R. klagte gegen den Restaurateur R. auf Zahlung von 30 M. zurückgeholter Renten. R. wendete ein, daß R. beim Aufstauen für die Bierleitung einen Rostkessel durch Überdruck zerstört und ihm dadurch einen weit höheren Schaden zugefügt hat. Zeugen meinte R., daß der Rostkessel und die Pumpe im Keller stehen, während der Mannometer sich am Apparat im Restaurant befand, am Kessel auch kein Sicherheitsventil angebracht ist, wie das Regulativ es vorschreibt. R. bestritt jede Schuld, ihm sei gefohlt worden, daß mit 200 Bügeln der nötige Aufdruck erreicht würde. Er habe auch stets so gewünscht. Am diesem Tage habe er nur 187 Büge gewünscht, als die Explosions des Kessels erfolgte. Eine Kontrolle des Manometers sei ihm während des Pumpens nicht möglich gewesen. Der Bierrevisor als Sachverständiger konnte nicht feststellen, ob R. eine Schuld trifft. Unter diesen Umständen zog es R. vor, an R. vergleichsweise 20 M. zu zahlen.

Keine Vertragsänderung. Der Tischler J. erhob gegen den Zimmermeister Sch. Klage auf Zahlung von 46,44 M. Entschädigung wegen kündigungsloser Entlassung. Unter den Parteien bestand Einverständnis darüber, daß beim Arbeitsantritt eine Kündigungsschrift ausgeschlossen werden sei, dagegen behauptete J., daß später vereinbart worden sei, daß er den ganzen Winter Arbeit erhalten sollte. Die in Frage kommenden Zeugen bestritten entschieden, daß eine solche Vereinbarung getroffen worden sei und wurde J. mit seiner Klage abgewiesen.

Verstoß gegen die Sittlichkeit. Die Näherin W. klage gegen den Spielwarenfabrikanten R. auf Zahlung von 14 M. Entschädigung wegen kündigungsloser Entlassung. R. erklärte, daß die W. auf Grund des § 30 ihrer Arbeitsordnung mit Recht entlassen worden sei, denn sie habe während der Arbeitszeit Zettel mit unsittlichem Inhalt in der Fabrik unter den Arbeitern herumgereicht. Die fraglichen Zettel legte er auf dem Gerichtstisch nieder. Nachdem das Richterkollegium von den Texten der Zettel Kenntnis genommen hatte, wurde der W. vorgeschlagen, ihre Klage zurückzuziehen, welchen Rat die Klägerin auch befolgte.

Aus dem Landtage.

r. Dresden, 10. Februar. Die zweite Kammer halle in der heutigen Sitzung über eine Vorlage der Regierung, nach der in Görlitz ein Amtsgericht errichtet werden soll, zu beraten. (Es werden zu diesem Zwecke 50000 M. verlangt.) Nachdem der Abg. Kräwell (nat.-lib.) als Vertreter des betreffenden Kreises in der bei solchen Anlässen bei den bürgerlichen Abgeordneten üblichen Weise der Regierung seine Reverenzen für ihr Entgegenkommen gemacht hatte, wurde die Vorlage an die Finanzdeputation A verwiesen. Außerdem wurden noch in der Schlussberatung über ein Dekret der Personal- und Befolgssetat der Landeshandelsverwaltungskanzlei auf das Jahr 1898/99 488 605 M. bewilligt. Eine hieraus bezügliche Petition des Brandversicherungs-Oberinspektors A. Damm und Genossen, ließ man auf sich beruhen. Vor Eintritt in die Tagessitzung teilte der Präsident als Beweis für das fleißige Arbeiten in der Kammer mit, daß bis jetzt 22 Titel des ordentlichen, 40 Titel des außerordentlichen Staats, 10 sgl. Decrete und 81 Petitionen erledigt worden sind. Zu erledigen sind noch 90 Titel des ordentlichen, 65 Titel des außerordentlichen Staats, 19 sgl. Decrete und einige 70 Petitionen.

Nach Schätzungen in Kreisen der Abgeordneten wird der Landtag diesmal wahrscheinlich bis Anfang Mai hinein tagen müssen.

Gerichtssaal.

Gewerbegericht.

Leipzig, 10. Februar.

Sitz über die Kündigungsschrift nichts vereinbart, so tritt die vierzehntägige Kündigung ein. Der Schuhmacher R.

Zum Schluss der Saison

— sämtliche noch vorhandenen Winter-Jacketts und Radmäntel —

zu früheren Preisen von 30 bis 80 Mark zum Auswählen jetzt 20 Mark,

alle Stücke, die unter 30 Mk. gekostet haben, zum Auswählen jetzt 10 Mark.

Noch ca. 600 Piècen am Lager! Preise gelten nur diese Woche!

Hugo Seifert,

Petersstrasse 37

Parterre und 1. Etage.

Bitte zu beachten!

Zur Aufklärung!

Nur einmaliges Inserat!

Seit meinem zweijährigen Geschäftsbestehen ist es mein Prinzip, nicht durch marktschreierische Inserate das Publikum heranzulocken, da dies doch nur auf Kosten desselben geschieht, sondern durch Führung nur guter Waren zu äußerst billigen Preisen, sowie durch außermäßige Bedienung mir die Gunst des hochgeehrten Publikums zu erwerben. Dieses ist mir auch im reichsten Maße gelungen, wofür ich an dieser Stelle meinen besten Dank abstatte. Ferner halte ich es nicht für notwendig, in die weite Welt hinaus zu posaunen, daß ich meine Waren direkt aus den Fabriken, und zwar aus den größten und angesehensten beziehe, da solches von größeren Specialgeschäften nicht anders zu erwarten ist. Ich unterlasse es ebenfalls, an dieser Stelle die enorm billigen Preise meiner Waren anzugeben, da sonst die Konkurrenz genötigt ist, um mit mir konkurrieren zu können, abermals mit ihren Preisen heruntergehen zu müssen, und bitte ich das hochgeehrte Publikum durch Besuch meines Geschäfts, ohne jeglichen Aufwand, sich von der Wahrheit meiner Angaben zu überzeugen, da nicht nur allein der billige Preis, sondern auch die Güte der Ware mitspricht. Hochachtungsvoll

Leipzig-Neustadt
Eisenbahnstrasse 35
Ecke Hauptstraße.

Special-Kaufhaus für Küchen- und Wirtschaftsbedarf.

S. Markendorf

Leipzig-Neustadt
Eisenbahnstrasse 35
Ecke Hauptstraße.

Billigste Bezugsquelle der Ostvorstadt.

J. Schneider & Co.

Speditions- u. Kohlen-Geschäft

Comptoir: Ritterstrasse 19

Niederlage: Aeuss. Tauchaer Strasse 13
Alleinvertreter der Rositzer Braunkohlenwerke, A.-G. in Rositz
empfiehlt

ihre wiederholte mit ersten Preisen gekrönte, anerkannt vorzüglichen

**Rositzer Briketts, Marke „Rositz“.
Prima Stein- und Braunkohlen und
beste engl. Anthracitkohlen**

zu billigsten Tagespreisen bei prompter und reller Lieferung. [5130]

Bitte das Schaufenster zu beachten!

Grosser Inventur-Ausverkauf.

Vor beginnender Inventur
stelle ich einen großen Posten Waren
zum Ausverkauf. Es be-
finden sich dabei:Barchent-Herrenhemden jetzt 85,-
Barchent-Frauenhemden jetzt 80,-
Barchent-Kinderhemden . . . jetzt 40,-
Hemden-Barchent . . . jetzt Meter 22,-Reinwollene Normalwäste:
Hemden, Hosen u. Kostüme
in jedem annehmbaren PreisBarchent-Röcke
jetzt 90,-
Barchent-Betttücher
weiß und blau, jetzt 70,-Bett- und Leibwäsche
Handtücher, Schürzen, Blusen u.und bitte ich ein
P. T. Publikum von dieser außer-
ordentlich günstigen Offerte,gute Waren zu
billigen Preisen zu
erwerben, aus-
giebigsten Gebrauch
zu machen.**A. Blum**
Wäsche-Fabrik9 Reichsstrasse 9
parterre, I. und II. Etage.

Bitte das Schaufenster zu beachten!

Neue Uhren:

Nickel-Wecker-Uhren 1.50,-
Nickel-Rem.-Uhren 5.00,-
Narb.-Regul.-Uhren 9.00,-
Silb. Remont.-Uhren 10.00,-
Gold. Remont.-Uhren 16.00,-1 neue Uhrfeder ein-
setzen 75,- garantiert
1. Güte.

Reparaturen:

1 neue Uhr-Feder . 75,-
1 neue Uhr-KapSEL . 10,-
1 neues Uhr-Glas . 10,-
1 neuer Uhr-Ring . 10,-
1 neuer Uhr-Zelger . 10,-1 neue Uhrfeder ein-
setzen 75,- garantiert
1. Güte.Leser der
Volks-Zeitung noch
10 Proz. Rabatt.**M. Kemski**Leser der
Volks-Zeitung noch
10 Proz. Rabatt.

Dinkau & Gehler

Photographisches Atelier

LEIPZIG, Turnerstrasse 11.

Aufnahmezeit Sonn- und Wochentags von 9 bis 4 Uhr.

Marienbad

Leipzig-Neuschönfeld

Eisenbahnstrasse Nr. 66.

Konradstrasse 25.

Schwimmbassin 20°

Dampfbäder, russische, schwedische, Holl-

und Teel-Dampfbäder, Einpuffungen,

Specialsturzformen, anerkannt vorz. Massage,

Damenzeit von 1-4 Uhr nachm. Schwimm-

bassin, kristall klares Wasser, Damenzelt:

Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2-1/2 Uhr

nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag von

1/2-11 Uhr vorm. Wannenbäder I. u.

II. Klasse für Damen u. Herren zu jeder Tages-

zeit. Die Anstalt ist für alle Bilder von früh

6 bis abends 8 Uhr geöffnet. [3658]

Heinrichs Haut-Cream-Seife!

eine ganz vorzügliche und billige, weil sparsame
Toiletteseife für den täglichen Gebrauch!

Heinrichs Haut-Cream!

Vorzüglichstes Mittel zur Erzeugung und Erhaltung einer
zarten, geschmeidigen Haut!

sind zu haben in den Apotheken, Drogerien, Parfümerien und

Friseurgeschäften, sowie in den Verkaufsstellen des

Konsum-Vereins Leipzig-Plagwitz u. Umg.

G. O. Heinrich, L.-Plagwitz, Karl Heine-Str. 75.

deut seinen Bedarf an solid gearbeiteten [8204]

Jeder Schuhwaren aller Art

zu denbar billigsten Preisen nur
Nürnberg Str. 37, Ecke Seeburgstr.

bei Otto Keilitz, Schuhmachermeister. Bitte auf Gleim zu achten.

Mk. 45 kostet die hocharmige Nähmaschine
Fussbetrieb, mit Kasten u. allen Neuerungen ausgestattet,
mit geräuschlosem Gang, aus bestem Material.
Fünf Jahre Garantie.
Kl. Ringschiff m. Kasten Mk. 70. Kl. Ringschiff o. Kasten Mk. 65.
Grösste Ringschiff Mk. 85.
Preisliste gratis.

Nürnberger Nähmaschinen-Fabrik
W. Worch, Nürnberg.
Filiale: Leipzig, Nürnberger Str. 35.

Fremdung i. W. am 4. Dezember 1896.

Herrn W. Worch, Nähmaschinenfabrik, Nürnberg!
Um Besitz der bestellten Maschine, mit der ich sehr zufrieden bin, wurde
ich nun eracht von einer Familie, welche dieselbe geschenkt hat, eine solche
Maschine für meine Rechnung zu bestellen. Ich ersuche daher, dieselbe so bald
als möglich zu schicken und mir die Absendung derselben anzuziegen.
Achtungsvoll J. B. Nachs, Baumelsier.
[8811]

Haupt-Niederlage
der
Wunstorfer Margarine-Werke
bester Ersatz für Naturbutter [8768]

Feinste Süßrahm-Margarine „Holstein“ Pf. 70 Pf.
Feinste Süßrahm-Margarine „Friesland“ Pf. 68 Pf.
Feinste Süßrahm-Margarine „Holland“ Pf. 65 Pf.
Feinste Tafel-Margarine „Schleswig“ Pf. 60 Pf.
Feinste Tafel-Margarine „Pommern“ Pf. 55 Pf.
Feinste Tafel-Margarine „Rheinland“ Pf. 50 Pf.
Feinste Tafel-Margarine „Pfeil“ Pf. 45 Pf.

Alle Sorten Käse. Täglich frische Eier.

Th. Kinder, Nürnberger Str. 33.

Van den Bergh's Holländische Margarine

Excelsior

gesetzlich geschützt unter Nr. 3392.
Fabriken in Cleve, Rotterdam, Brüssel, London
grösste Etablissements der Branche.
Bietet nach übereininstimmenden fachmännischen Urteilen
Besten Ersatz für Naturbutter.

Du haben in allen Kolonialwaren- und Buttergeschäften. [10255]

Schulranzen von 1 Mark an,
Große Auswahl in
Holzkoffern,
Handkoffern, Portemonnaies und alle Lederwaren zu
billigsten Preisen.
Oswald Bache, Windmühlenstr. 47 (kein Laden).

PATENTE. Gebrauchs-Muster.
Markenschutz beim Kaiserl. Patentamt besorgt:
Ed. Breslauer, Ingenieur, Goethestrasse 7.

Billigste Bezugsquelle.

J. gem. Zucker à Pf. 25 Pf.

Feinst. Speisefett à Pf. 45 Pf.

Goldgelb. Sirup à Pf. 16 Pf.

Rübenflocke à Pf. 15 Pf.

Türk. Eisenmannmuska Pf. 30 Pf.

Türk. Mischobst à Pf. 30 Pf.

Heringe à Std. 4-8 Pf.

Soda 5 Pf. 20 Pf.

sowie sämtl. Lebensmittel zu denbar
billigsten Preisen empfiehlt [779]**Otto Hässler**

Neusellerhausen, Wurz. Str. 29.

heute

frische

fette

Gänse.

Lieferung frei ins

Haus.

Telephon 1, Nr. 166.

Eduard Dörr

Neuschönfeld, Eisenbahnstr. 82.

Neumilch-Butter.Garantie: Buxiusnahme, Hochsteine
Centrif.-G., täglich frisch, 8.40 M., frische,
feste Land-B. 7.40 M. 5 Milchfass, frische
Käse, empf. das Meierei-Depot
266] Arno Ross, Tüfit.**Millionen**trinken
Seelig's candirten

Korn- u. Malz-Kaffee,



primär mit der goldenen
Medaille u. Diplom auf der
Leipziger Ausstellung 1897
für Natur-
Heilkunde.
Wo nicht
wandernde
an d. Fabrik,
Niederlagen,
zu haben,
welche direkt
bekannt gibt.
Emil Seelig, A. G., Heilbronn n. N.

Generalvertreter:

Karl Giesecke, 2. Plagwitz.

Zu habenin den meisten Kolonialwaren-,
Droguen- und Selfen-Handlungen.**Dr. Thompsons**
SeifenpulverIst das beste und im Gebrauch
billigste und bequemste**Waschmittel**
der Welt.Man achtet genau auf den Namen
„Dr. Thompson“
und die Schutzmarke „Schwan“.**Leiterwagen**von 1-5 Ctr. Tragkraft
empfiehlt zu Fabrikpreisen [8498]
Georg Boeselde, Lind., Querstr. 4,
Adolf König, Leipzig, Querstr. 12.

Nachdem die Brauerei „Böhmisches Brauhaus“, Akt.-Ges., in Leipzig-Kleinzschocher, durch Kauf in meinen Besitz gelangt ist, werde ich von jetzt ab den Betrieb unter meiner Firma

Hermann Freyberg, Leipzig

weiterführen.

Unter Verwendung von nur besten Rohmaterialien werde ich in der Hauptsache mir die Herstellung von Flaschenbieren nach Münchener und Pilsener Art angelegen sein lassen. Ausserdem aber werde ich auch noch das von mir schon seit 15 Jahren mit Erfolg als Specialität gebraute

Deutsche Porter-Bier

zum Vertrieb bringen.

Die technischen Anlagen der Brauerei sind inzwischen zeitgemäß verbessert worden und bereits mit einer ganz neuen Eis- und Kühlmaschine versehen, so dass die Herstellung eines guten Produktes verhürt ist.

Indem ich mein Unternehmen dem allgemeinen Wohlwollen empfehle, zeichne

Fernsprecher Amt III, 5463.

Hochachtungsvoll
Hermann Freyberg.

Paradies

Ausschank des hochfeinen
Crostitzer Bock-Bieres.
Schneidige Bedienung in Rostlin.
ff. Bockwürstchen. II. Seifert.

Kaufstisches Gäßchen 12.

Kleiner Krystall-Palast

Karlstrasse Nr. 2.

Sonnabend, Sonntag u. Montag 2. Anstück des hoch
Crostitzer Bockbieres [3112] Max Schröter.

NB. Bockwürstchen à Paar 25 Pfennige.

Rettich gratis.

Günthers Bier- und Speisehaus, Brühl 74.

Empfiehlt kräftigen Gemüse-Mittagstisch, à la Carte 10 Pf.

Restaurant Bau-Bude, Gr. Fleischer-

gasse 24.

Bereinen und Korporationen empfiehlt mein freundliches Gesellschaftszimmer (40–50 Personen fassend) zur geselligen Benutzung.

Hochachtungsvoll P. Burkhardt.

Coburger Hof.

Teleph. I, 433. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I, 433.

Allten geehrten Vereinen und Gewerkschaften empfiehlt meine Lokalitäten zur geselligen Benutzung.

Auch empfiehlt meine guten preiswerten Mittagstisch inn. Bier 50 Pf., etiam zu jeder Tageszeit. Große Auswahl in Speisen. Kleine Preise.

Zerner empfiehlt meine kleine Asphalt-Riegelbahn. Franz. Billard.

Sonnabends Schweinstücken.

50 Betten von 30 bis 150 Pf. Es lädt dazu ein.

Hochachtungsvoll Karl Langert.

Ulrichsgasse 50.

Ulrichsgasse 50.

heute Freitag und morgen Sonnabend **grosses Bockbierfest** mit humoristischen Vorträgen.

Bockwürstchen und Pfannkuchen. Hierzu lädt ergebenst ein [1308].

Rettich gratis.

Louis Zahn.

Goldener Hahn, Hainstrasse 19.

Heute und folgende Tage Bockbierfest. Dazu lädt freundlich ein [1276]. W. Hornig.

Restaurant Richard Beyer

Friedrichstrasse 14.

Morgen Sonnabend und folgende Tage Erster Anstück des beliebten Bockbieres von Gebr. Ulrich. Zu recht zahlreichen Besuch lädt ein D. O.

Restaurant & Cafe Faldix, Leipzig, Zimmerstr. 2

empfiehlt dem werten Publikum sowie werten Freunden u. Bekannten seine freundlichen Lokalitäten. Guten kräftigen Mittagstisch. Warme u. kalte Speisen zu jeder Tageszeit. Gut gepflegte Biere, also ff. Lagerbier, eicht Bäuerlich, Gose, diverse Weine u. Liköre u. c. [1286] Gesellschaftszimmer, ca. 20 Pers. fassend, zur gesell. Benutzung. Franz. Billard.

Ausschank von ff. Bockbier.

Restaurant zum Hessischen Hof

48 Lützowstrasse 48

empfiehlt seine freundl. Lokalitäten. ff. Speisen u. Getränke zu civilen Preisen. Franz. Billard. Gesellschaftszimmer noch einige Abende frei. Achtungsvoll G. Zolle.

Restaurant Kamerun, Plagwitz, Nonnenstr.

Nr. 52

empfiehlt seine freundlichen Lokalitäten. Speisen und Getränke hochsel. Sonnabends Schweinstücken, Sonntags Speckfischen. Hochachtend Herm. Richter.

Restaurant Rob. Munkelt

Plagwitz, Zschochersche Str. 43.

Sonnabend den 12. und Sonntag den 13. Februar Grosses Bockbierfest, verbunden mit Pfannkuchen-Schmaus. Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. Rettich gratis. Hierzu lädt freundlich ein D. O.

Burgkeller, Plagwitz, Zschochersche Strasse 37.

Heute Freitag, Sonnabend und Sonntag den 13. Februar Grosses Bockbierfest, verbunden mit großem, farbenf. Konzert. Zum Ausschank gelangt das gutgepflegte ff. Bockbier aus der Vereinsbrauerei, Leipzig. Für großartige Unterhaltung bestens gesorgt. ff. Bockwürstchen, Rettich gratis. Hierzu lädt ergebenst ein Herm. Schlegel.

Restaurant Vater Jahn

Lindenau, Merseburger Straße.

Bringe meine Lokalitäten in freundliche Erinnerung. Heute 1. Anstück des Naumannschen Bockbieres. Hochachtend A. Puter. [1309]



Restaurant goldner Anker

Plagwitz, Nonnen- und Jahrstr. Ecke. Von heute ab Bockbier-Fest. Es lädt ergebenst ein [1258] D. Claus.



Vockes Restaurant, Plagwitz

Merseburger u. Weissenfelser Straßen-Ecke 32 emm. seine Lokalitäten. Speisen u. Getränke hochsel. Sonnabends Schweinstücken. Sonntags Speckfischen. Karl Zeidler gen. Vocke.



Restaurant Feldschlößchen

Leipzig-Lindenau. Sonnabend den 12. und Sonntag den 13. Februar Grosses Bockbierfest. Bockwürstchen und Pfannkuchen. Hierzu lädt alle Freunde und Bekannte ein Karl Morenz.



Restaurant und Café Otto Stempel

Markt 10 Lindenau Markt 10. Sonnabend und Sonntag.



Großes Bockbier-Fest mit Konzert und Vorträgen.



Restaurant zum goldenen Adler

Gleinzschöder, Hauptstraße 1. Freitag, Sonnabend und Sonntag Anstück des sehr beliebten Naumannschen Bockbieres. Hochachtungsvoll Friedrich Stockmann.



Erster Anstück des Bockbieres.

ff. Bockwürstchen. Achtungsvoll A. Schröder.



Restaurant zur Glocke, Anger, Rossbachstr. 1.

Sonnabend den 12. Februar Grosses Bockbierfest mit musikalischer Unterhaltung. ff. Bockwürstchen. Nuppen gratis. Hierzu lädt ein C. Reinecke.



Restaurant zum Kronprinz

Volkmarstorf, Wilhelmstr. 28. Sonnab. u. Sonnt. Gr. Bockbier-Ausschank (n. Bockbierfest). Hierzu lädt freundlich ein Albert Helmke.



Restaurant Kohlrabi-Insel

Stötteritzer Straße 39. Morgen Sonnabend und Sonntag den 13. Februar Erster grosser Bockbier-Anstück von der Brauerei Gebr. Ulrich, Stötteriz. Hierzu lädt freundlich ein August Arnold.



Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhof zu Leipzig am 10. Februar 1898. a) Auftrieb:

186 Rinder und zwar 37 Kühe, 7 Kalben, 54 Rühe, 38 Bullen;

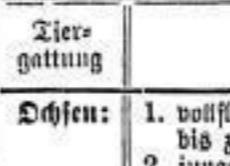
658 Rinder;

285 Städ Schafschich;

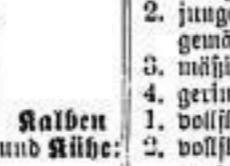
1307 Schweine und zwar 1307 deutsche, — aus

2286 Tiere.

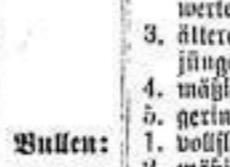
b) Marktpreise für 50 kg in Mark.



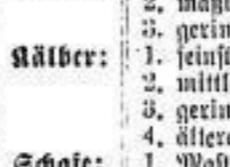
Tier-gattung Bezeichnung Lebend- Schlacht-Gewicht.



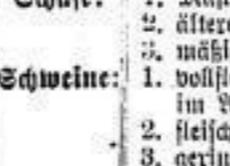
Döhren: 1. vollfleische, ausgemästete höchste Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 2. junge stielzige, nicht ausgemästete — ältere ausgemästete 3. mäßig genährt junge, gut genährt ältere 4. gering genährt jeden Alters



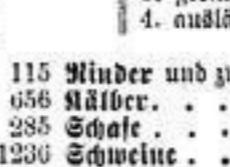
Kalben und Rühe: 1. vollfleisch, ausgemästet, Kalben höchste Schlachtwertes 2. vollfleischige, ausgemästete Rühe höchste Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 3. ältere ausgemästete Rühe u. wenig gut entwickelte jüngere Rühe und Kalben 4. mäßig genährt Rühe und Kalben



5. gering genährt Rühe und Kalben 6. vollfleische höchste Schlachtwertes 7. mäßig genährt jüngere und gut genährt ältere 8. gering genährt



9. feinste Wurst (Bottmilch-Wurst) und beste Saugfälber 10. mittlere Wurst und gute Saugfälber 11. geringe Saugfälber 12. ältere gering genährt (Frischer)



13. Wurstlämmchen und jüngere Wursthammel 14. ältere Wursthammel 15. mäßig genährt Hammel und Schafe (Wetzschafe) 16. vollfleische der jüngeren Rassen u. deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren



17. fleischige 18. gering entwickelte, sowie Sauen und Eber 19. ausländische (aus)

c) Verkauf:

115 Rinder und zwar 25 Döhren, 6 Kalben, 51 Rühe, 33 Bullen

656 Rinder.

285 Schafe.

1230 Schweine.

d) Geschäftsgang:

langsam.

Neugebauer, afad. gebild. stoßt. nicht geprüft. Kraft. d. Homöopathie u. Naturheilmethode, früher an Dr. Willm. Schwabes Poliklinik. heißt n. Langj. Erz. grdl. Geschlechtskrankh. d. M. u. Dr. Wiesen-, Uterus-, Magen-, Darm-, Haut- u. Nervenselb., Rheumat., Pleurosyphilis. Grimm. Str. 21, II. Spiegel. 0–2,5–8, Sonnt. 10–1 Uhr, ausdr. billig.

Wer ein solides Fahrrad billig kaufen, oder tageweise leihen will, gehet nach der Fahrradhändlung von Emil Keiselt Poniatowskystrasse 3. Lager sämtlicher Zubehörteile. Reparaturwerkstatt für alle Fabrikate. Reinigen u. Aufbewahrung der Räder bei eventuellen Reisen.

Kinderkörbe 3–Mk. Papierkörbe 75 Pf. Tragkörbe 2,75 Mk. Einschla Kinderstühle . . . 45 Pf. Matratzen . . . 75 Pf. etc. etc. Alle Reparaturen schnell und billig. Kurprinzessstrasse 24, Ecke Windmühlenstr. Robert Barth, 66 getragene Uhren für 66 Herren u. Damen von 6 Mk. an verkauf mit Garantie Uhrmacher Hille, Neumarkt 13. Billig: Uhrenreparaturen: Billig.

Schirmfabrik Paul Kleemann Seerberstr. 14 und Tauchaer Str. 16. Großes Lager nur selbst fabrizierter Herren- u. Damenschirme, Spazierstäcke. Beztige und Reparaturen schnell und billig.

Billige Möbel Spiegel und Polsterwaren faust man reell und solib bei Ernst Rehm vorm. II. Lunge Lindenau, Lauerstr. 4, Nähe der Post. Grosszschocher! Achtung! Neue und getragene Stiefeln und Schuhe verkauf spottbillig Em. Rahn. Reparaturen aller Art werden daselbst äusserst schnell, gut und billig ausgeführt. Großzschocher, Hauptstrasse 17 neben dem Trompete. [1210]

Schuhwaren-Lager Lindenau Albert Haeder Josephstrasse 47 empfiehlt sein anerkannt vorzüglich Schuhwaren zu denbar billigen Preisen.

Filzschuhe in großer Auswahl. Wilhelm Weidner 26 Wurzener Strasse 26 empfiehlt sehr Lager soll gesetziger Schuhwaren zu den billigsten Preisen. Gr. Ausw. Harzer Kanarienvögel. Hoch. Sommerküken, 5 Pf. 1 Mk. sowie alle Sort. pr. Vogel. Alsenreiter, Wehlw. Rässige 20 Pf. ital. Goldfische 10 Pf. empf. Max Kraft, Vogelfutterh. Poststrasse 18. Billige, dauerhafte Möbel verkauf Schade, Lindenau, Marienstr. 28.

2. Beilage zu Nr. 34 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, den 11. Februar 1898.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Oesterreich-Ungarn.

Bon Daszynski.

Wien, 10. Februar. Mittels öffentlicher Vorladung fordert das kralauer Landesgericht für Strafsachen den Reichsratsabgeordneten Genossen Daszynski auf, binnen Monatsfrist bei dem obigen Gerichtshofe zu erscheinen, um sich wegen Aufwiegelung und Stirbung der öffentlichen Ordnung zu verantworten. Widrigfalls würde gegen ihn als Ungehorsamen nach dem Gesetze verfahren und ihm die Ausübung der staatsbürgerschen Rechte untersagt werden.

Pressiert es so?

Nordamerika.

Der abgetakelte spanische Gesandte.

Washington, 10. Februar. Die Newyorker cubanische Junta hat der Presse einen Brief übermittelt, der von dem spanischen Gesandten in Washington, Dupuy de Lome, herrührt und an den früheren spanischen Minister Canalejas gerichtet war, der sich kürzlich in Newyork und auf Cuba aufhielt. Der Brief, der in Havanna von einem Cubane entwendet wurde, enthält beleidigende Bemerkungen über Mac Kinley.

Das Staatsdepartement telegraphierte gestern an den amerikanischen Gesandten Woodford in Madrid, daß der Brief Dupuy de Lomes an Canalejas Ausdrücke mit Bezug auf den Präsidenten Mac Kinley enthalte, die geeignet seien, der Tauglichkeit Dupuys de Lomes als Vertreter Spaniens ein Ende zu setzen. Deshalb solle Woodford zu verstehen geben, daß der Präsident die sofortige Abberufung de Lomes erwarte.

Diese Maßregel hat blitzschnell gewirkt. Wie aus Madrid vom 10. Febr. telegraphiert wird, hat der spanische Ministerrat die Entlassung des Gesandten in Washington angenommen. Er telegraphierte, der Brief an Canalejas sei von ihm gewesen, und seine Situation sei unhalbar. Der Brief an Canalejas, bevor er ihm zugestellt worden, war in einem Hotel in Havanna gestohlen worden.

Der Präsident Mac Kinley hat nach Madrid die Erklärung gelangen lassen, daß der Brief des spanischen Gesandten Dupuy de Lome keineswegs einen Konflikt mit Spanien verursachen werde, denn er bilde ein privates Schriftstück; man werde aber eine Abschrift des Briefes dem Minister des Außenfern zustellen, um eine Prüfung der Angelegenheit zu veranlassen.

Der Zola-Prozeß.

Paris, 10. Februar.

In den Wandsärgen des Justizpalastes ist eine große Menschenmenge anwesend. Bola wurde bei seinem Eintreffen mit einigen Rufen begrüßt. Der Gerichtssaal ist dicht gefüllt.

Die Sitzung wird um 12 Uhr 10 Min. eröffnet. Der Gerichtshof lehnt die Schlussfolgerungen der Verteidigung ab, in denen die Vorlegung der Schriftstücke bezüglich Oberst Picquart, des Prozesses Dreyfus sowie des Prozesses Esterhazy verlangt wird. Der Präsident verliest ein Schreiben des Generals Boisbaffre, worin er erucht, daß Oberst Henry, dessen Gesundheitszustand ein bellogenwerter sei, heute vernommen werde. Die Verteidiger erklären, auf die Vernehmung der Frau Dreyfus, die leidend sei, verzichten zu wollen.

Trarieux erklärt bei seiner heute fortgesetzten Vernehmung, er habe keine Gelegenheit gehabt, während er Minister war, sich mit der Dreyfus-Affaire zu beschäftigen. Der Präsident erhebt ungeachtet des Protestes Laboris Einspruch dagegen, daß man von der Affaire Dreyfus spreche. Trarieux rechtfertigt das Vorgehen Scheurer-Kestners und Mathieu Dreyfus'.

Aus der Befragung Trarieus' ist folgendes zu berichten: Trarieus sprach sein Bedauern darüber aus, daß Scheurer-Kestner anlässlich seiner Interpellation nicht alles gesagt habe. Es wäre gut gewesen, wenn das Land früher aufgeklärt worden wäre. Im Verlaufe der Nachforschungen Picquarts nach dem wahren Schuldigen publizierte der Matin und der Gaul Dokumente, die aus dem Kriegsministerium stammten und nur von jenen veröffentlicht sein konnten, die die Aktion Picquarts durchkreuzen wollten. Diese Personen schaute selbst vor Verbrechen nicht zurück. So wurde das vom Gaul veröffentlichte Dokument gefälscht, indem aus dem Anfangsbuchstab D. der Name Dreyfus gemacht wurde.

Der frühere Minister Yves Guyot wurde beim Verlassen

des Justizpalastes von Voltzhausen beschimpft. Die Polizei mußte Guyot beschützen.

Der Major Forzinetti, ehemaliger Direktor des Gefängnisses Chercemidi, tritt an die Barre.

Labori fragt: Welch der Zeuge nicht, daß der Hauptmann Dreyfus keine Geständnisse abgelegt hat?

Der Präsident erklärt lebhaft: Ich werde diese Frage nicht stellen. (Bewegung.)

Labori: Dann verzichte ich auf die Vernehmung der Zeugen, an die ich nur dieselbe Frage richten könnte, also zunächst des Majors Forzinetti, ferner des Kapitäns Lebrun-Stenant und der Zeugen Mehbati, Clisson, Frau Chappelin, Philipp Dubois, Urbain, Gohier und Tonbrune.

Der Gerichtshof nimmt Alt davon, daß die Verteidigung auf die Vernehmung dieser Zeugen verzichtet.

Hierauf wird der Gerichtsarzt Dr. Socquet aufgerufen. Clemenceau fragt den Zeugen: Haben Sie bei Ihrem gestrigen Besuch bei Frau Boulancy diese gefragt, ob sie Briefe von Esterhazy habe? Zeuge: Nein. Frage: Hat sie Ihnen nicht gesagt, ich habe Briefe vom Grafen Esterhazy und diese Briefe sind viel erheblicher als die veröffentlichten? Antwort: Nein. Frage: Werde der Name Esterhazy genannt? Antwort: Ja. Frage: Welches waren die Worte, die hierbei fielen? Antwort: Sie hat mir gesagt, sie habe bei dem Staatsanwalt in betreff der in den Klätern veröffentlichten Briefe Klage erhoben und beantragt, daß die Untersuchung gegen diejenige Person eröffnet werde, die Missbräuche damit getrieben habe; alle Briefe rührten von Esterhazy her.

Clemenceau unterbricht mit den Worten: Alle Briefe, behalten Sie dies wohl, meine Herren Geschworenen!

Der nächste Zeuge ist der berühmte Oberst du Baty de Clam. Er spricht in kurzen, bestimmten Worten. Er sagt: Ich werde nur sagen, was das Amtsgeheimnis nicht betrifft; es berührt mich aber sehr schmerzlich, daß man hier das Privatleben der Leute in die Verhandlung hineinzieht. Jedoch, umgekehrt der Angriffe, deren Gegenstand ich war, habe ich die Richtung meiner Vorgehenden, und das genügt mir. Was mich mit Entlastung erfüllt, ist, daß man hier von einer jungen Dame gesprochen hat, die nichts mit diesem Prozesse zu thun hat. Hier unterbricht ihn der Verteidiger Labori mit den Worten: Um Verzeihung! Diese junge Dame ist 55 Jahre alt und es ist uns nicht in den Sinn gekommen, sie zu fragen. Um mich mit dem Beschlusse des Gerichtshofes in Einklang zu bringen, verzichte ich darauf, an den Zeugen etwa ein Dutzend Fragen zu richten, und beschränke mich auf die nachstehenden Fragen: Haben Sie Herrn Comminges Vater gesehen? Antwort: Ja. Frage: Haben Sie Privatbriefe, die an einige Mitglieder dieser Familie geschrieben sind? Antwort: Ich werde diese Frage nicht beantworten, das wäre eine Verleumdung des Privatgeheimnisses.

Labori füllt ein: Wenn man sich nicht mehr hinter das Staatsgeheimnis oder das Amtsgeheimnis verschanzen kann, beruft man sich auf das Privatgeheimnis. Unter diesen Umständen habe ich den Zeugen nichts mehr zu fragen. Labori verzichtet ebenso auf seine Fragen an den Kapitän de Comminges, der sich darauf sofort zurückzieht.

Sodann wurde Oberst Henry aufgerufen. (Verbale Bewegung.) Labori fragt ihn, was an den in dem Navarischen Bericht enthaltenen Thatsachen betreffend die Offnung eines Schrankes mit geheimen Schriftstücken durch den Oberst Picquart Wahres sei.

Oberst Henry antwortet auf die Frage des Verteidigers Labori: Ich war nicht anwesend, als das Altenblatt von Picquart herausgekommen wurde; er verlangte es von dem Archivar Grivelin, der es ihm verabschiedete. Präsident: War Grivelin Untergebener des Picquart? Antwort: Gewiß. Labori: Und waren Sie ebenfalls Untergebener Picquarts? Antwort: Ja. Ich war damals erst Major und Picquart war Oberstleutnant. Labori: Er war also Ihr Dienstoberer? Antwort: Gewiß, aber der Oberst Sandherr hatte mir, indem er mir das Altenblatt anvertraute, das Versprechen abgenommen, es nur in seiner oder des Ministers Gegenwart zu öffnen. Frage: Wer war diejenige Person in diesem Dienste, die direkt unter den Befehlen des Generals Gonse stand? Antwort: Ich. Labori: Das genügt mir.

General Gonse wird wieder aufgerufen. Er macht dem Obersten Picquart den Vorwurf, die Briefe, die er ihm im Dienst geschrieben, missbraucht zu haben. Dieser Dienstzweig,

der Nachrichtendienst, sagt er, ist ein so geheimer, so eigenartiger, daß niemand in der Welt ihn kennen darf, außer dem Chef des Generalstabes und dem Kriegsminister, die allein die Altenfälle dieses Dienstes kennen dürfen und kennen müssen. Der Oberst Sandherr ist tot, der Dienst ist aufzugeben und wenn man damit bekannt ist, muß man alle Bürgschaften des Geheimnisses und der Diskretion beobachten, die er verlangt. Labori fragt Henry: Haben Sie die Gewohnheit, Ihr Namenszeichen unter die geheimen Altenfälle zu setzen? Antwort: Klein.

Im weiteren Verlaufe seines Verhörs antwortet Oberst Henry auf eine ihm vom Anwalt Labori gestellte Frage, er habe niemals in seinem Kabinett mit dem Advokaten Leblois zu konferieren gehabt.

Leblois wird wieder vorgerufen und versichert das Gegenteil. Das ist ein Irrtum! wirft Oberst Henry ein. (Bewegung.) Was! entgegnet Leblois, vor dem Kriegsgerichte haben Sie es doch zugegeben. (Sensation.) Henry erwidert: Oh, Sie irren sich ganz bestimmt. Leblois bemerkt hierauf, man könne ja die Mitglieder dieses Kriegsgerichts verhören.

Der Präsident fragt hierauf den Zeugen: Ist Leblois nicht mehrmals in Ihr Kabinett gekommen? Antwort: Niemals; das ist das Kabinett Picquarts, in das Leblois gegangen ist. Leblois hält hingegen seine Behauptung aufrecht und gibt eine Beschreibung von dem Kabinett Henrys. Letzterer hält seine Verneinung aufrecht. Noch einmal sagt Leblois: Aber Sie haben es doch vor dem Kriegsgerichte in Gegenwart von etwa 20 Personen zugegeben! und gibt genauer an, daß die Versprechungen, die zwischen ihm und Oberst Henry stattfanden, sich auf eine in Frankreich stehende Spionage-A Angelegenheit bezog, er spricht dabei auch von einem Pariser Oberst, der mit einer Untersuchung darüber beschäftigt war.

Henry erwidert: Das ist Picquart gewesen, mit dem Sie Alten durchgingen. Bola wirft dazwischen: Was war das für ein Altenblatt, das sich in Picquarts Bureau befand? Zeuge antwortet: Das war ein geheimes Altenblatt. Bola: Die Alten der Dreyfus-Angelegenheit! Antwort: Oh! Verzeihung; die zwischen ihm und Oberst Henry stattfanden, sich auf eine in Frankreich stehende Spionage-A Angelegenheit bezog, er spricht dabei auch von einem Pariser Oberst, der mit einer Untersuchung darüber beschäftigt war.

Labori stellt hierauf den Antrag, daß Oberst Henry, wenn es sich als nötig erweisen sollte, trotz seines Gesundheitszustandes gehalten sein sollte, wiederum zur Vernehmung zu erscheinen. Hierauf wird die Sitzung unterbrochen.

Zuerst wird der Major d'Ormessonville, der Verlehrer des Kriegsgerichts, das Dreyfus verurteilte, vernommen. Labori will an ihn die Frage stellen: Sind alle Alterspunkte, die auf Dreyfus lasteten, in Ihrem Berichte vorgenommen? Der Präsident untersagt die Stellung dieser Frage. Sodann gelangen nacheinander zum Aufrufe die Zeugen: Oberst Murel, der Präsident des Kriegsgerichts, das Dreyfus verurteilte, der Gerichtsschreiber Vallecalle, der Oberst Eickmann und der Major Baty de Clam. Er spricht in kurzen, bestimmten Worten. Er sagt: Ich werde nur sagen, was das Amtsgeheimnis nicht betrifft; es berührt mich aber sehr schmerzlich, daß man hier das Privatleben der Leute in die Verhandlung hineinzieht. Jedoch, umgekehrt der Angriffe, deren Gegenstand ich war, habe ich die Richtung meiner Vorgehenden, und das genügt mir. Was mich mit Entlastung erfüllt, ist, daß man hier von einer jungen Dame gesprochen hat, die nichts mit diesem Prozesse zu thun hat. Hier unterbricht ihn der Verteidiger Labori mit den Worten: Um Verzeihung! Diese junge Dame ist 55 Jahre alt und es ist uns nicht in den Sinn gekommen, sie zu fragen. Um mich mit dem Beschlusse des Gerichtshofes in Einklang zu bringen, verzichte ich darauf, an den Zeugen etwa ein Dutzend Fragen zu richten, und beschränke mich auf die nachstehenden Fragen: Haben Sie Herrn Comminges Vater gesehen? Antwort: Ja. Frage: Haben Sie Privatbriefe, die an einige Mitglieder dieser Familie geschrieben sind? Antwort: Ich werde diese Frage nicht beantworten, das wäre eine Verleumdung des Privatgeheimnisses.

Labori füllt ein: Wenn man sich nicht mehr hinter das Staatsgeheimnis oder das Amtsgeheimnis verschanzen kann, beruft man sich auf das Privatgeheimnis. Unter diesen Umständen habe ich den Zeugen nichts mehr zu fragen. Labori verzichtet ebenso auf seine Fragen an den Kapitän de Comminges, der sich darauf sofort zurückzieht.

Sodann wurde Oberst Henry aufgerufen. (Verbale Bewegung.) Labori fragt ihn, was an den in dem Navarischen Bericht enthaltenen Thatsachen betreffend die Offnung eines Schrankes mit geheimen Schriftstücken durch den Oberst Picquart Wahres sei.

Oberst Henry antwortet auf die Frage des Verteidigers Labori: Ich war nicht anwesend, als das Altenblatt von Picquart herausgekommen wurde; er verlangte es von dem Archivar Grivelin, der es ihm verabschiedete. Präsident: War Grivelin Untergebener des Picquart? Antwort: Gewiß. Labori: Und waren Sie ebenfalls Untergebener Picquarts? Antwort: Ja. Ich war damals erst Major und Picquart war Oberstleutnant.

Labori: Er war also Ihr Dienstoberer? Antwort: Gewiß, aber der Oberst Sandherr hatte mir, indem er mir das Altenblatt anvertraute, das Versprechen abgenommen, es nur in seiner oder des Ministers Gegenwart zu öffnen. Frage: Wer war diejenige Person in diesem Dienste, die direkt unter den Befehlen des Generals Gonse stand? Antwort: Ich. Labori: Das genügt mir.

General Gonse wird wieder aufgerufen. Er macht dem Obersten Picquart den Vorwurf, die Briefe, die er ihm im Dienst geschrieben, missbraucht zu haben. Dieser Dienstzweig,

= Der Entdecker des Syphilisbacillus, der Arzt Dr. van Niefen in Wiesbaden, erhält einen Ruf an das Institut für experimentelle Medizin in Petersburg, um dort seine Versuche zur Bekämpfung der Syphilis in größerem Maßstab weiter zu betreiben. Dr. van Niefen gebietet im Laufe der nächsten Woche nach St. Petersburg abzureisen.

= Um seinen wertvollen Vorsteckhund zu schonen, hat jüngst ein in Österreich auf Enten pirschender Jagdliebhaber sich eines armen Bosniaken bedient, der gleich dem „geborenen“ Apportierhund aus dem eisigkalten Wasser mit größter Behendigkeit die geschossenen Enten holte.

Und dabei stand der Aermste, der sich von Zeit zu Zeit nur einen Schluck Schnaps erbat, bei — 4 Grad Celsius oft bis an die Brust in dem feuchten Element, dessen er sich nach jedem neuen Wandler durch heftiges Schütteln der Beine zu entledigen suchte.

Es ist schwer zu sagen, worüber man sich bei diesem Falle mehr wundern soll, ob über die traurigen sozialen Zustände eines Landes, in dem ein Mensch sich selbst zu Hundebedenken annehmen vermag, oder über den kleinen Sportmann, der so genug ist, solche Dienst anzunehmen.

Humoristisches.

Der entlaufenen Hofsarr. „Ich bitte Eure Majestät, mich wieder in Gnaden aufzunehmen.“ — „Armer Kerl, hat es dir also nicht gefallen brauchen beim Volke?“ — „Ich schon, aber dem Pöbel waren meine Witze zu schlecht!“

Das Millionärskind. Die Mama in Thüringen zum Konzertbesuch: „Unser armes Kind ist verhungert — 14 Tage lang hat der Sohle-Apparat nicht funktioniert, und die Dienstboten haben mir nichts davon gesagt.“

Umgekehrt. Ein Schuhmann hält drei schwer betrunkenen Ruhesöhrer an. Der Schuhmann: „Kreuzhimmelbomberwetter, wollen Sie sofort das Maul halten —!“ Die Ruhesöhrer: „Hättt uns gar nicht ein!“ Der Schuhmann: „Wie? Was? Ruhesöhrer! Werb' Ihnen schon helfen, bitte um Ihre Namen!“ Der erste Ruhesöhrer: „Kommerzienrat Leyo Gohn.“ Der zweite Ruhesöhrer: „Ruhesöhrer Quertkopf.“ Der dritte Ruhesöhrer: „Staatsanwalt Drechsler.“ Der Schuhmann: „Darf ich den Herren vielleicht eine Drostei bei J. S. S. (Simplicissimus)“

den Prozeß Dreyfus zurückkommen will, wird ihm dies vom Präsidenten untersagt, wogegen Labori heftig protestiert.

Auch Plessieu will sein geheimes Dokument kennen. An die hierauf aufgerufenen, ehemaligen Minister Dupuy und Guérin will Labori die Frage richten, was ihnen von der Aussage gegen Dreyfus bekannt sei. Der Präsident untersagt dies, worauf Labori auf die Vernehmung einer Reihe früherer Minister verzichtet.

Der junge Senator Thevenet besaßt die Frage, ob Bola seiner Ansicht nach im guten Glauben handele, und drückt sein Erstaunen darüber aus, daß auf die Frage nach dem geheimen Beweisstück nicht mit lautem „Ja“ oder „Nein“ geantwortet werden.

Die Sitzung wird 5½ Uhr geschlossen.

Clementeaus Blott, Aurore, erzählt, der Polizeipräsident habe zu einem ihrer Mitarbeiter geäußert, falls der Verteidiger Bolas die Sache in die Länge ziehen sollte, könne er für die Ordnung nicht mehr garantieren. Aurore sagt, das sei geradezu eine Preßion.

Dasselbe Blott protestiert dagegen, daß von Drumont und Konsorten aufgereizte Pöbelmassen von der Polizei unbehindert den Justizpalast umstossen dürfen, so daß ihr Bola bedrohendes Geheul bis in den Gerichtssaal dringe. Die Regierung dulde stillschweigend eine abschreckende Preßion auf die Geschworenen.

Während ein Teil der Presse die Aussagen des Generale Voiselle und Mercier als geradezu niederschmetternd für Bola erklärt, finden andere Blätter, daß Mercier stillschweigend die Existenz der geheimen Schriftstücke zugestanden habe.

Man glaubt, daß der Prozeß bis Dienstag dauern werde.

Rochefort tritt heute seine Gefängnisstrafe an.

Eine Anzahl Sozialisten in Stuttgart hat nach der Frankfurter Zeitung am Bola eine Anerkennungsdepesche geschickt.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

r. Dresden. 10. Febr. In einer gestern abend abgehaltenen Parteiversammlung erstatteten die Delegierten Bericht über die Landeskonferenz. Hieran wurde das Centralagitationkomitee bestimmt und in dasselbe wiedergewählt die Genossen Redakteur Eichhorn, Buchhalter Breslauer und Tischlermeister Schulze. Für das sächsische Agitationskomitee berichtete Genosse Clausnitzer über die Thätigkeit desselben im verflossenen Jahre. Danach sind 102 Briefe, Karten und Telegramme eingegangen, während 155 Briefe, Karten und Geldsendungen ausgingen. Die Einnahme belief sich auf 2430,91 Mk.; ausgegeben wurden 2397,08 Mk., so daß ein Kassenbestand von 33,83 Mk. zu verzeichnen ist. Außerdem wurden 72 Referenten besorgt und 2 Flugblätter und der Agitationskalender verbreitet, bez. die Verbreitung in die Wege geleitet. Viele Anträge, dahingehend, daß in der Arbeiterzeitung mehr zum Beitritt in die Gewerkschaften aufgefordert, und die Referenten möglichst alle durch Vermittelung des Agitationskomitees bestellt werden sollen, wurden angenommen. In letzteres wurden die Genossen Clausnitzer, Reichelt und Behold wiedergewählt. Dann wählte man noch ein Präsidiumskomitee.

Chemnitz. 9. Februar. Ein neuer Eisenbahnunfall ereignete sich gestern mittag kurz nach 1 Uhr auf dem zweiten Hauptgleise des hiesigen Hauptbahnhofes. Neben dem, die Altstadtstraße mit der äußeren Dresdener Straße verbindenden Tunnel stieß eine leere Lokomotive mit dem Hohensteiner Personenzug zusammen, wobei die Passagier beider Maschinen abgebrochen wurden und drei in- und übereinander geschobene Wagen arg beschädigt wurden.

Personen sind dabei glücklicherweise nicht verletzt worden, weil die Fahrgäste und das Zugpersonal bereits ausgestiegen waren.

Annaberg. 10. Februar. Der Verein der freisinnigen Partei im 21. sächsischen Reichstagwahlkreise beschloß, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen mit keiner anderen Partei irgend ein Wahlbündnis einzugehen. Danach scheinen also die Freisinnigen auch in unserem Wahlkreise eine eigene Kandidatur aufzustellen zu wollen.

o. Neukölln. 9. Februar. Vor einigen Jahren beschloß die Stadtvertretung, die revidierte Städteordnung einzuführen, und wählte zu diesem Zwecke einen juristisch vorgebildeten Bürgermeister. Die Sache ist aber erst bis zum Kreisausschuss Bickau gelangt, der dieser Tage durch Beschluss ausprach, daß die eingeführte Städteordnung für kleine und mittlere Städte, nicht aber für Neukölln ausreichend sei, und somit die Angelegenheit befrüchtete. Auch die seit einem halben Jahr schwelende Frage der Stadtverordneten-Erschämännerwahl ist noch nicht endgültig erledigt. Es handelt sich noch darum, ob die zwei als Erschämänner ins Kollegium eingetreteten Genossen solange im Amt zu verbleiben haben, wie die vorzeitig ausschiedenen Vertreter, oder ob sie bei der nächsten Wahl ausscheiden müssen. Der angerufene Bezirksausschuß Blauey hat jetzt geäußert, daß hierin den Gemeinden ein großer Spielraum gelassen sei, daß aber die Bestimmung des Ortsstatutes verbleiben „bis zur nächsten ordentlichen Wahl“, so zu verstehen sei, daß sie vorzeitig ausscheiden müßten. Ein früherer Beschluss des Gemeinderats und der Bürgermeister verlangen aber das Verbleiben der Genossen solange, wie ihre Vorgänger amtiert hätten. Nunmehr wird der Kreisausschuss angerufen, zu welchem Zweck der Bürgermeister eine 13 Seiten lange Gegenschaft verfaßt und darin auf § 52 der Städteordnung hingewiesen hat, nach dem Erschämänen und direkt gewählte Stadtverordnete in Bezug auf das Ausscheiden gleich zu behandeln sind.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Die beiden Eisenbahnlinien Karlsbad-Johanngeorgenstadt und Karlsbad-Marienbad, an deren Bau zur Zeit eifrig gearbeitet wird, sollen in diesem Spätherbst fahrbare sein. — In Hohenstein wurde ein seit dem 1. Januar b. J. daselbst angestellter Schuhmann verhaftet, nachdem er wegen Urkundenfälschung und Unterschlupfung schon einige Tage vorher seines Dienstes enthoben worden war.

g. Halle. 10. Februar. Ein freisprechendes Urteil fällte die Strafkammer in der Sache des Zimmermanns Friedrich Grimm von hier. Genosse G. war am 20. Dezember b. J. als Vorsitzender des Centralverbandes der Zimmerleute wegen Übertrittung des § 360 Abs. 9 des Str.-G.-B. (Errichtung einer Versicherungsanstalt ohne Genehmigung der Staatsbehörde) vom hiesigen Schöffengericht zu 5 Mk. Geldstrafe ev. im Tag Haft verurteilt worden. Das Landgericht stellte sich im Standpunkt des Kammergerichts vom 9. Mai 1892 dar, nahm an, daß jener Verband eine Versicherungsanstalt im Sinne des Gesetzes sei, da alle Unterstützungen, die der Verband gewährt, freiwillig geleistet werden, und den Mitgliedern dazu kein illegales Recht anstehe.

Sonneberg. 10. Febr. In letzter Sitzung des Gemeinderats wurde der Antrag des Genossen Wehder, sowohl das Schulgeld für die Volksschule als auch für die Fortbildungsschule aufzuheben, gegen 3 Stimmen angenommen.

Soziale Rundschau.

Berliner Schuhmacherbewegung. Am Dienstag berichtete die Agitationskommission in öffentlicher Versammlung über die Lage nach dem Streit. Danach haben sämtliche Fabrikanten, mit Ausnahme von drei oder vier, die ausländigen Arbeiter entweder sofort oder nach kurzer Zeit wieder eingestellt. Im großen und ganzen sind daher die Differenzen beigelegt. Was den zu schaffenden Arbeitsnachweis anlangt, so hat die Kommission den Fabrikanten ihre Forderungen übermittelt, aber bis jetzt noch keine Antwort erhalten. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorgehen der Kommission einverstanden und forderte, daß die Verhandlungen über den Arbeitsnachweis noch im Laufe dieser Woche erledigt würden; falls dies nicht geschehen würde, soll beim Gewerbege richt ein Verhandlungstermin beantragt werden.

In Gartha ist den Polizisten der Stuhl- und Sofafabrik eine Lohnreduktion von 20 Proz. angekündigt worden mit dem Hinweis, die Arbeiter möchten sich innerhalb 8 Tagen entschließen, wie sie sich dazu stellen. Wenn es nicht passe, könne gehen. Die Stuhlbauer und Polizisten werden gebeten, den Zugang nach Gartha zu vermeiden.

In Wittenberg sind in der Mühlenbananfabrik von Weiß Differenzen mit den Formern ausgebrochen. Agenten der Firma reisen umher, um Formen gegen die Versprechen eines Tages verdienstes von 5 bis 6 Mark und Reisevergütung dorhina zu lösen.

In Stendal stehen die Tischler, Drechsler und Maschinenarbeiter der Firma Hennig im Streit. Die Firma versucht allerorts Streikbrecher heranzuziehen.

Streik wegen eines Kaiserhochs. In Orsay, einem Städtchen im Niederrheinischen, wurden dieser Tage 15 Cigarettenarbeiter entlassen, weil sie bei einer Feierlichkeit, die der Fabrikant gab, während eines Hochs auf den Kaiser sitzen blieben. Den ausgesetzten folgten 30 Arbeiter, die freiwillig die Arbeit niedergelegt.

In Bielefeld ist der Streik der Schuhmacher bei Steinrich u. Krüger beendet.

Nein Buchdrucker der Firma G. Gundlach haben die Arbeit eingestellt, weil sie mit der von der Firma geforderten Verlängerung der Arbeitszeit nicht einverstanden waren.

Schutz der Arbeitswilligen. Das Hamburger Landgericht verurteilte zwei Männer wegen Beleidigung und Nötigung eines arbeitswilligen Klägers Johst, der schon mehrfach in Streikprozessen als Zeuge fungiert hat, den einen zu fünf Tagen, den anderen zu drei Monaten Gefängnis, wie der Staatsanwalt beantragt hatte.

In Hamburg wurden zwei Arbeiter, weil sie einen Streikbrecher während des Hafenarbeiterstreits gemäßhandelt haben sollen, zu fünf und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Einem Schanermann wurden wegen eines ähnlichen Vergehens sechs Wochen Gefängnis zugesetzt.

D. In Kaiserslautern sind die Gipser ausständig geworden. Die Forderungen der Arbeiter, 10stündige Arbeitszeit, Einführung eines Minimallohnes von 40 Pf. die Stunde und achtstündige Lohnzahlung beanspruchten die Meister mit Maßregelungen, die den allgemeinen Streik zur Folge hatten. Die Verhandlungen der Ausständigen mit den Meistern sind bislang an dem Standpunkt der letzteren gescheitert.

In Hof streiken die Weber der Firma Vogel u. Peck wegen Lohndifferenzen.

In München haben die Möbeltischler der Firma Ettil wegen Lohnabzugs die Arbeit niedergelegt.

Der Gan Württemberg des deutschen Dachdeckerverbandes hält am 20. Februar einen Gantag in Göppingen ab.

In Stuttgart stehen die Dachschreiner und Anschläger in einer Lohnbewegung. Sie haben den Arbeitgebern einen neuen Tarif vorgelegt und wollen die Arbeit niederlegen, falls er bis zum 14. Februar nicht angenommen ist.

g. Nürnberg. 10. Februar. Der Streik in der Holzwarenfabrik von Ph. Weilstein wurde für beendet erklärt, nachdem sämtliche Forderungen der Arbeiter bewilligt worden sind.

In Schwarzenbach (Oberfranken) sind in der Weberei von Händel u. Co. Differenzen zwischen Arbeitern und Fabrikanten entstanden. Zugang ist zu vermeiden.

Gemeinde-Zeitung.

Pausendorf. Gemeinderatssitzung vom 4. Februar. Dem Gehuch des Herrn Kleine um Übertragung der Ablerschen Schankkonzession wird zugestimmt. Das Gehuch Ihdes um Übertragung der Geraischen Trichinenbuch soll befürwortet werden, wenn Ihde die Prüfung bestanden hat. Zum Vertrauensmann für die Invaliditäts- und Altersversicherung an Stelle des Herrn M. Richter wird Herr Groher, und Herr Böhler als Stellvertreter gewählt. Der Ausleihung mehrerer Posten Sparfassungs gelder wird zugestimmt; das Baugeschäft Eiserts wird genehmigt. Die Straßenbelichtung soll an Sonntagen bis 1/2 Uhr ausgedehnt werden. Von 86 Hundesteuern Ermäßigung gesuchten werden 76 genehmigt, 10 abgewiesen. Dem Anfang eines Geldschrankes stimmt der Gemeinderat zu. Das neu gewählte Feuerwehrkommando wird von dem Gemeinderat bestätigt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig. 11. Februar.

Die Differenzen in der Leipziger Gummiwarenfabrik und der Gummiwarenfabrik von Flügel u. Polter, Plagwitz, sind wieder beigelegt. In der Leipziger Gummiwarenfabrik mußten sich die Drechsler den Lohnabzug gefallen lassen, während er bei Flügel u. Polter zurückgenommen wurde.

oo. Die sächsischen Gewerbeinspektionen sind seit einiger Zeit damit beschäftigt, Erhebungen darüber anzustellen, welche Einfluß eine lange Arbeitszeit auf den Gesundheitszustand der Arbeiter ausübt. Die Umfrage geschieht auf Veranlassung des Bundebrates und soll zur Unterlage dazu dienen, ob eine genaue Enquête über diesen Gegenstand nötig ist und brauchbares Material bringt. Diese Maßnahmen stehen offenbar mit den wiederholten Anträgen im Reichstag auf Einführung eines gesetzlichen Arbeitsstages in Verbindung. Es soll die sanitäre Seite der Frage geprüft werden, da man sich mit der volkswirtschaftlichen nicht einlassen will. Die Gewerbe-

inspektionen haben in den letzten Wochen an Krankenkassen, Verzle u. bezügliche Anfragen gerichtet. Einzelne Krankenkassen haben Ausstellungen darüber angefertigt, wie sich der Gesundheitszustand (Krankheitsfälle u. c.) der Arbeiter in Betrieben mit längerer Arbeitszeit (12 Stunden und mehr) im Gegenjahr zu den Arbeitern in Betrieben mit kürzerer Arbeitszeit und den Handwerkern stellt. Die Verzle wurden um prägnante Fälle gefragt, in denen eine zu lange Arbeitszeit direkt eine Krankheit verschuldet. Die Angelegenheit muß bis zum nächsten Mittwoch abgeschlossen und an das sächsische Ministerium, der vorgesetzten Behörde der Inspektionen eingefandt werden. Die Ergebnisse werden leider nicht veröffentlicht. Allem Anschein nach dürfte aber auch auf diesem Wege wenig herauskommen.

Die Heizerkasse, Hilfsbuch für Maschinisten und Dampfesselheizer von Robert Winkler, Heizer. So betitelt sich ein kleines, bereits in zweiter Auflage bei Reinhold Hertz in Berlin erschienenes, sieben Bogen starkes Büchelchen, das die hiesige Zentralstelle des deutschen Maschinisten- und Heizer-Verbandes in 150 Exemplaren angekauft und den hiesigen Verbandsmitgliedern unentgeltlich verabfolgt hat. Die hiesige Zentralstelle des Heizerverbandes hat damit ihren Mitgliedern einen nicht zu unterschätzenden Dienst geleistet, denn das Buch macht den Heizer auf die Bedeutung und die Verantwortlichkeit seines Postens aufmerksam und unterrichtet ihn über alle Situationen in seinem Heizerberufe. Die Bedeutung des Heizerberufes wird in der Einleitung richtig also gekennzeichnet: „Macht sich der Heizer mit der einschlägigen Kenntnis bekannt, so wird er in seinem Berufe und seinem Löhnem gar bald eine Macht besitzen, die er nicht nur als unbeschriebenes Eigentum, sondern auch als eine nie gesehne Notwendigkeit schätzen lernt, denn die Existenz seiner Mitmenschen ruht nicht nur in seinen Händen, sondern noch viel mehr in seinem Kopfe.“ Das Buch behandelt in einer Reihe Kapitel die Wärme, die Brennstoffe, Wasser und Dampf, Atmosphäre und Feuerdruck, die Verbrennung, den Dampfkessel und den Verdampfungskessel, das Aufstellen der Apparate, das Speisewasser, den Kesselstein, die Wasserréinigung, die Kesselreinigung, den Dienst, die Behandlung der Apparate, das Verhältnis und Arbeiten in außerordentlichen Fällen, die Bedienung des Kessels, die Herstellung des Kesselmaterials, die Rauchverbrennung, Explosions u. c. Am Schlusse des Schriften ist eine Reihe wichtiger Tabellen angefügt, deren Kenntnis für den klugen Heizer von Bedeutung ist. Die hiesige Zentralstelle des Heizerverbandes hat, wie gesagt, mit der Ausfertigung des Werchens und der unentgeltlichen Verteilung an die Mitglieder diesen einen guten Dienst geleistet. Möglichen die Verzsgenossen es nun auch mit Nutzen lesen und studieren nicht nur zu ihrem, sondern namentlich auch zum Beste ihres Mitmenschen.

Wie der Arbeiter um die Altersrente kommen kann. Ein befremdliches Urteil, wonach ein Arbeiter durch Beträgerie drücker um seine Versicherungsrechte gebracht werden kann, ist vom Reichsversicherungsamt gefällt worden. Die höchste Instanz hat eine schiedsgerichtliche Entscheidung auf, die die zuständige Versicherungsanstalt verurteilt hatte, d. h. die Altersrente zu gewähren, da die Wartezeit erfüllt worden sei. Die Aufhebung des Urteils erfolgte, weil das Schiedsgericht die Angaben der Versicherungsanstalt, daß der größte Teil der Beitragssmartern aus den Quittungskarten anderer Versicherter entnommen worden sei, nicht berücksichtigt und ohne hinreichende Aufklärung des Sachverständigen entschieden habe. Das Reichsversicherungsgericht folgendes aus: Die geschiede Beitragsleistung der Versicherter ist dann vollendet, wenn die Einführung der Marke in die Karte vorgenommen ist. Die Marke ist damit verbraucht und rechtlich un trennbar Bestandteil der Quittungskarte geworden. Die widerrechtliche Entfernung einer derartig verwerteten Marke hebt nicht die Rechtswirksamkeit der Beitragsleistung auf. Das schlägt aber aus, daß die entzogene Marke für einen anderen Versicherter abermals mit voller Wirkung verwendet werden können. Es bleibt somit nur übrig, die zweite Verwendung der einmal wirksam eingetragenen Marke ungültig und für ungeeignet zur Rentenerlangung zu erklären, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob derjenige, für den die zweite Verwendung versucht wurde, an dem betrügerischen Verfahren teil hatte oder nicht. Im vorliegenden Falle wäre daher eine ordnungsmäßige Beitragsleistung dann nicht erfolgt, wenn behauptet werden, ein ungetreuer Beamter das ihm vom Arbeitgeber zur Verhafung rückständiger Marken anvertraut habe sollte. Hierunter hätte d. h. zu leiden, obwohl ihm keine Schuld an dem Betrage trüfe. Anders wäre die Rechtslage, wenn ein solcher Beamter der Quittungskarte - Ausgabezeit, neue Marken zum Zwecke der Verhafung entwendet und zur Verdeckung der Straftat schon gebrauchte Marken an andere Karten eingetragen hätte. Das würde den Kläger im Revisionsschuldspruch in keiner Weise schädigen. — Das Reichsversicherungsamt wies die Sache zu nochmäliger Nachprüfung der einzelnen Thatsachen in die Vorinstanzen zurück.

Die Erteilung amtlicher Auskünfte im Polizeifangelegenheiten ist laut einer im amtlichen Dresdenner Journal veröffentlichten amtlichen Bekanntmachung seitens des Bundesrates nach neuen Gesichtspunkten geregelt worden. Die neuen diesbezüglichen Bestimmungen treten am 1. April d. J. in Kraft. Die Polizeibehörde im Sinne derselben ist für das Königreich Sachsen die Polizei- und Steuer-Direktion in Dresden, an die Polizei, und zwar nach Besinden durch Vermittelung der entsprechenden Anweisung verpflichtet. Ein Erhöhung des Schulgeldes soll darum nicht eintreten.

Ein neuer Unterrichtsgegenstand der öffentlichen Handelschranken soll von Ostern d. J. ab mit der Stenographie zur Einführung kommen, und zwar in der Weise, daß in der 2. Klasse wöchentlich zwei obligatorische Stunden gegeben werden; in der 1. und 2. Klasse dagegen nur ein satellitär, zweistündiger Kursus erteilt wird. Eine Erhöhung des Schulgeldes soll darum nicht eintreten.

Die Verhandlung gegen den wegen Urkundenfälschung und Bekleidung angeklagten Professor und Hilfsrichter Dr. Niß findet am 24. Februar vor dem hiesigen Landgericht statt.

Im Leipziger Verkehrverein ist angeregt worden, einen Teil der Kosten für den Bau eines Kanals von Leipzig nach der Elbe durch eine — Kanallotterie aufzubringen. Nach der famous Ausstellungslotterie ein geradezu großartiger Gedanke. Hoffentlich produziert der Dössner nicht Matratzen.

Der Hauseigentümerverein Leipzig-Ost hat an die Beschwerde und Petitionsdeputation der Zweiten Kammer die Bitte um Errichtung eines zweiten Amtsgerichts in Leipzig gerichtet. —

Altes Theater.

Freitag den 11. Februar:

In Behandlung.

Komödie in 3 Akten von Max Dreyer.

Regie: Ober-Dilettant Adler.

Berthold Wiesener, Dr. med. praktischer Arzt

Bleibeth Welzel, Dr. med.

Christian Ohlerich, ihr Onkel, alter Schiffs Kapitän

Frau Steuermann Vorname

Marie, ihre Tochter

Edith Schwart

Frau Bolzendahl

Ferdinand Saubert, Großkaufmann, schwedischer

Wichtensil

Bauunternehmer Janzen

Frau Janzen

Frau Gutsprichter Urbinse

Frau Krohn, Kästnerin bei Bleibeth

Ost: Eine kleine pommersche Hafenstadt.

Nach dem 2. Akt findet eine längere Pause statt.

Einlaß 1/2 Uhr. Aufgang 1/2 Uhr. Ende geg. 1/2 Uhr. Gew. Preise.

Villet-Berl. a. d. Tagesschau v. 10 (Sonn. u. Feiert. 10 1/2) bis 3 Uhr.

Verkauf f. d. nächst. Tag (m. Anf. v. 30 Pf.) v. 1—8 Uhr.

Spielsplan: Sonnabend: Der Obersteiger. Aufgang 1/2 Uhr.

Reiter

— 2,15 (bis Wurzen) — 2,20 — 5,26 (bis Wurzen) — 6,25 — 7,26 — 7,45
 (bis Wurzen) — 10,37 (Richtung Görlitz, Schleissheim nach Dresden-Döhlitz)
 — 11,15 (bis Meißen).

B. Linie Leipzig-Döhlitz-Dresden. Norm.: 8,20 — 7,51 — 9,26 (bis Grob-
 seiten) — 10,2 — Nachm.: 12,80 — 2,45 — 5,16 — 8,47 (bis Meissen) — 10,56

(bis Chemnitz). C. Linie Leipzig-Döhlitz-Görlitz-Königswitz. Norm.: 5,15 — 8,5
 (bis Döhlitz) — 8,38 — 10,55 — Nachm.: 12,23 (bis Liebertwolkwitz) — 2,54
 — 4,45 (nur an Sonn. u. Feiertag bis Görlitz) — 6,32 — 6,50 (bis Döhlitz)

— 6,42.

Berliner Bahnhof.

A. Linie Leipzig-Döhlitz-Berlin. Norm.: 3,47 (D.-B. I. u. 2. Kl.) — 4,6
 (ab Döhlitz-Berlin D.-B. Zug mit nur 1. u. 2. Kl.) — 8,50 — 9,50 — 10,45 — 11,45
 Nachm.: 2,20 (nach Wurzen ab D.-B. Zug I. u. 2. Kl. Döhlitz-Berlin) — 5,35 —
 6,32 (D.-B. I. u. 2.) — 7,26 (ab Döhlitz-Berlin Schleissheim-Königswitz) — 9,12 —
 10,20 (nur ab Döhlitz) — 11,28.

B. Linie Leipzig-Döhlitz-Berlin-Magdeburg. Norm.: 4,6 — 6,40 (bis Magdeburg)

— 8,50 — Nachm.: 2,20 — 5,35 (bis Magdeburg) — 7,25 — 9,12 — 10,26 (bis Magdeburg)

C. Nach dem Sachsenischen Bahnhof. Norm.: 1,1 (I. u. 2.) — 3,33 — 7,52

— 10,3 — 10,18 (I. u. 2.) — 11,05 — Nachm.: 2,32 — 5,24 — 6,50 — 9,30

— 11,37.

Magdeburger Bahnhof.

A. Richtung Halle-Magdeburg. Norm.: 4 — 5,47 (bis Halle) — 6,20 —
 6,55 (bis Wurzen) — 9 — 9,65 (bis Halle) — 10,45 — Nachm.: 12,26 — 12,57
 — 2,25 — 3,37 (bis Halle) — 4,40 — 5,40 — 6,48 (bis Halle) — 7,47 — 8,40
 (bis Halle) — 9,00 (bis Halle) — 10,12 — 11,20 (bis Halle).

B. Richtung Halle-Wörlitzer-Döhlitz. Norm.: 4 — 5,47 (bis Gangerhausen)

— 6,55 — 6,65 (Schleissheim ab Halle) — 1,3 — 10,45 (bis Ganderkesee ab Halle)

D.-B. nach Döhlitz und Frankfurt, I. u. 2. — 4,40 — 9,50 (ab Halle Schleissheim)

— 1,3, nach Döhlitz und Frankfurt) — 10,12 (ab Halle Döhlitz bis Wiederauung)

C. Richtung Halle-Halberstadt. Norm.: 4 — 6,35 — 10,45 (von Halle

Personenzug) — Nachm.: 12,57 (ab Halle-Wiederauung ab Halle-Halberstadt) — 1,20 — 2,20

— 2,25 — 4,40 — 9,60 (Schleissheim ab Halle-Halberstadt nach Nienburg)

— 10,12 — 11,40.

Thüringer Bahnhof.

A. Linie Leipzig-Corbelin-Görlitz. Norm.: 5,5 — 8,13 (nach Frankfurt und
 Wiederauung) — 7,18 (ab Corbelin-Schleissheim) — 9,50 (in Weisenbach an den
 Schleissheim Berlin-Senftenberg) — 11,20 — Nachm.: 12,30 (bis Görlitz) — 1,50
 — 3,40 (bis Görlitz) — 5,7 (bis Eisenach) — 6,55 (bis Wittenberg) — 7 (bis
 Corbelin-Schleissheim) — 9,22 (bis Altenburg) — 11,6 (I. u. 2. D.-B.) — 11,12.

B. Linie Leipzig-Altenburg-Saalfeld-Wörlitz. Norm.: 4,25 — 5,15 (bis

Eisenach) — 6,68 — 8,30 (bis Wörlitz) — 11,1 — Nachm.: 12,10 — 1,15 (bis

Eisenach) — 3,18 — (bis Pegau) — 4,17 — 6,15 (bis Leipzig) — 7,24 (bis Wörlitz) — 8,5

(bis Altenburg) — 10,12 (bis Altenburg) — 12,28 (nach Hof u. Gera) — 2,10 (bis

Wörlitz) — 3,50 (nach Hof u. Gera) — 6,50 (bis Altenburg) — 7,10 (nach
 Gera) — 7,25 (bis Görlitz) — 7,44 (nach Hof u. Gera) — 9,32 (bis Görlitz)

— 11,35 (bis Altenburg).

B. Linie Leipzig-Borna-Görlitz-Eisenach. Norm.: 5,30 — 9,0 — 11,35 — Nachm.:

— 5,8 — 6 (bis Görlitz) — 9,13 — 10,50.

C. Linie Leipzig-Görlitz-Wentzelsdorf. Norm.: 5,51 — 9,45 — Nachm.: 12,42 —

— 2,41 — 4,43 (nach Leipzig bis Wiederauung auch 4. Klasse) — 6,32 (bis Görlitz) — 8,21 — 10,55 (bis Görlitz).

D. Linie Leipzig-Wittenberg-Görlitz-Thumersitz. Norm.: 4,58 — 7,24 (bis Görlitz
 aus 4. Klasse) — 9,20 — Nachm.: 12,58 — 3,50 — 7,19.

E. Linie Leipzig-Wittenberg-Meiningen-Gera. Norm.: 4,58 — 7,24 (bis Görlitz auch
 4. Klasse) — 9,20 — Nachm.: 12,58 — 3,50 — 7,19.

F. Nach Berlin. Norm.: 3,29 (D.-B. I. u. 2.) — 3,37 (Wittenberg-Berlin D.-B.
 mit I. u. 2. Kl.) — 4,38 (Wittenberg-Berlin, nur 1. Klasse) — 6,10 — 8,27 —

— 10,4 — Nachm.: 1,54 (nach Wiederauung in D.-B. Zug I. u. 2. Wittenberg-Berlin)

— 5,4 — 6,15 (D.-B. I. u. 2.) — 6,59 (ab Witterfeld-Schleissheim-Königswitz I. bis
 8. Kl.) — 8,51 — 10 (bis Witterfeld) — 11,1.

G. Nach Magdeburg über Döhlitz-Görlitz. Norm.: 3,07 — 6,10 (bis Wiederauung)

— 8,27 — Nachm.: 1,54 — 6,4 (bis Döhlitz) — 6,59 — 8,51 — 10 (nur bis
 Döhlitz).

H. Sämtliche Bahnverbindungen nach Görlitz. Norm.: 4,58 — 5,80 — 5,53

— 7,24 — 8,67 — 9,8 — 9,20 — 9,45 — 11,20 — 11,38 — Nachm.: 12,20 —

— 12,35 — 12,42 — 2,41 — 3,8 — 3,50 — 4,48 — 6 — 6,32 — 6,50 —

— 7,25 — 8,21 — 9,18 — 9,32 — 10,50 — 11,35.

Dresdener Bahnhof.

A. Linie Leipzig-Döhlitz-Dresden. Norm.: 12,12 (Richtung Bodenbach u. Zeulenroda)

— 5,20 — 6,5 (bis Wurzen) — 7,05 — 8,28 (Richtung Görlitz, Wiederauung) —

— 8,51 (bis Wurzen) — 9,45 (Richtung Bodenbach u. Zeulenroda) — 10,14 — 11,10

(bis Wurzen) — 11,38 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)

— 10,20 — Nachm.: 1,57 (von Dresden ab nach Görlitz Schnellzug)